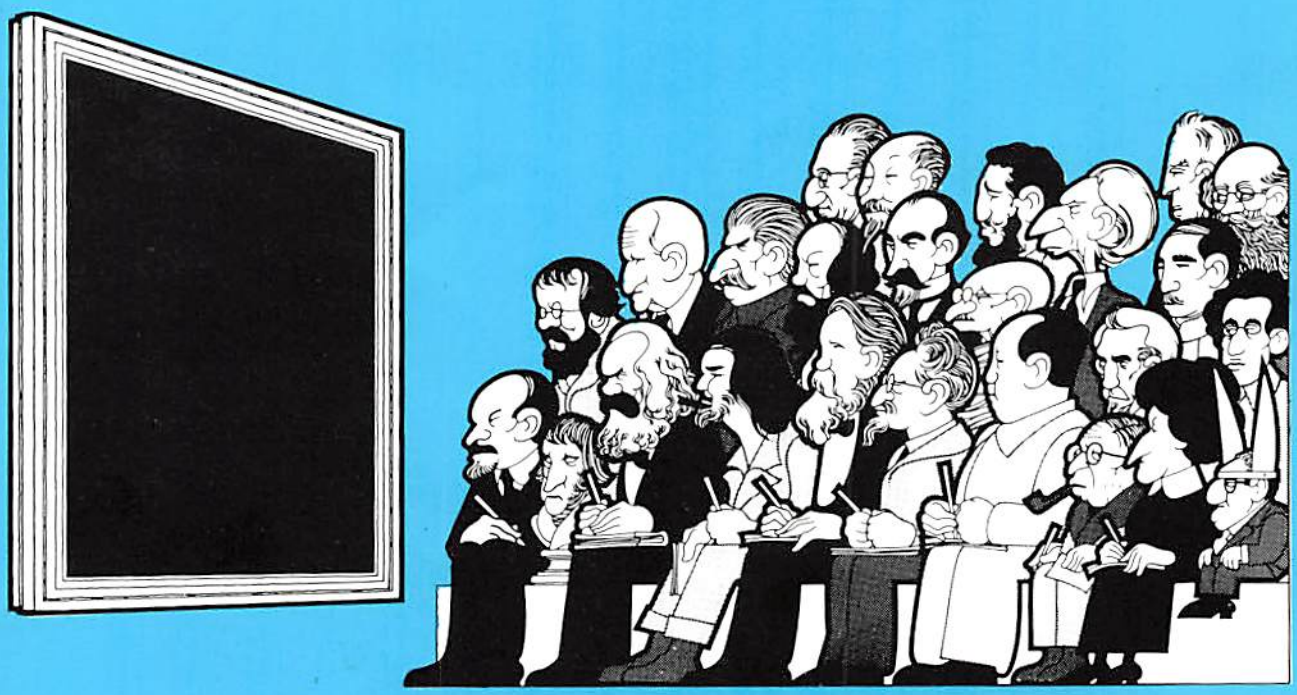
Frank Deppe

Politik am Ende des 20. Jahrhunderts



- Jahrhundertbilanzen
- Das »Jahrhundert des Sozialismus«
- Vom »Ende der Geschichte« und der »Zukunft der Moderne«
- Die Herausforderung: eine neue Qualität politischer Regulation
- »Gewinner« und »Verlierer«
- Vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum neoliberalen Wettbewerbsstaat
- Vergesellschaftung der Politik
- Die Zukunft der Arbeit
- Ein neuer Zyklus sozialer Auseinandersetzungen

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9-1995

Die Titelabbildung entstand 1975 und stammt von dem portugiesischen Karikaturisten João Abel Manta. Bei der Originalkarikatur sind die Konturen von Portugal auf die Tafel gezeichnet.

Supplement der Zeitschrift **Sozialismus** 10-95
ISSN 0721-1171, Schutzgebühr DM 5,-
© Sozialistische Studiengruppe (SOST) e.V. 1995
Redaktion **Sozialismus,** Klaus-Groth-Str. 33e, 20535 Hamburg, Telefon und Fax 040/250 10 11
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz und Druck, Hamburg

Politik am Ende des 20. Jahrhunderts

Bilanz und Perspektiven

■ von Frank Deppe

Jahrhundertbilanzen

Wir leben in einer Zeit des »Fin-de-siècle«. Ein Jahrhundert geht zu Ende, das der große britische Sozialhistoriker *Eric Hobsbawm* zeitgeschichtlich sehr kurz terminiert: Es beginnt erst 1914 und endet bereits 1991. Anfang und Ende sind geprägt von einer enormen Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche. Hobsbawm spricht von einer Art »Triptychon« und zeichnet das Bild eines »historischen Sandwich«: »Einem Zeitalter der Katastrophen von 1914 bis zu den Nachwehen des Zweiten Weltkrieges folgten etwa fünfundzwanzig Jahre außerordentlichen wirtschaftlichen Wachstums und sozialer Transformation, durch die die menschliche Gesellschaft vielleicht grundlegender verändert wurde als in irgendeiner anderen Periode vergleichbarer Kürze... Der letzte Teil des Jahrhunderts war eine neue Ära der Zersetzung, Unsicherheit und Krise – und für große Teile der Welt wie Afrika, die frühere UdSSR und die ehedem sozialistischen Teile Europas gar eine Katastrophe«.[1] Der Jahrhundertzusammenhang von Kapitalismus, Demokratie und Sozialismus ist offenkundig. Für Hobsbawm war die Welt, die Ende der achtziger Jahre in die Brüche ging, eindeutig durch den Einfluß der russischen Oktoberrevolution des Jahres 1917 geprägt. Und gegen den Zeitgeist[2] müsse heute die Erklärungskraft der Marxschen Kapitalismusanalyse und -kritik im Blick auf den Übergang zum 21. Jahrhundert kritisch unter Beweis gestellt werden.

Der Begriff vom »Fin-de-siècle« regt natürlich zu weiteren historischen Vergleichen – vor allem zum Ende des 19. Jahrhunderts – an,[3] als unter den bürgerlichen Intellektuellen im Verbund mit der Nietzsche-Rezeption und dem Einfluß der Philosophie von Henri Bergson (»Lebensphilosophie«) eine tiefe Krisenstimmung, Dekadenzerfahrung sich mit dem Bedürfnis nach (befreiender) »Aktion«, nach einem neuen Aufbruch (bis hin zum Krieg) vereinte[4] – ein Bedürfnis übrigens, das nicht nur bei den »Kulturpessimisten«, bei Thomas Mann oder bei den Futuristen, um nur einige wenige Strömungen zu nennen, lebendig gewesen ist, sondern von dem auch die kommunistische Bewegung am Ende des Krieges, nach der Oktoberrevolution und aufgrund der Ausstrahlung der überragenden Figur Lenins auch auf die intellektuelle Welt des Westens profitierte (als nämlich viele vor 1914 kulturpessimistische, dann nach 1914 zunächst kriegsbegeisterte, dann zutiefst enttäuschte junge Intellektuelle auf die andere Seite der Barrikade »überliefen«).

In beiden Konnotationen werden die Zusammenhänge, Wirkungen und Rückwirkungen deutlich, die es zu untersuchen gilt, wenn sowohl rückblickend (vorläufig) bilanzierend, wie ausblickend Entwicklungspfade der Politik am Ende des 20. Jahrhunderts diskutiert werden sollen. In einem früheren Aufsatz zum Thema *Kapitalismus und Demokratie*[5] bin ich der Frage nachgegangen, welches die Rückwirkungen

■ zum einen der Auflösung des Systemgegensatzes (der die internationale wie die nationale Politik seit der Okto-

---

Frank Deppe ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg.

Dieser Text beruht auf dem stark erweiterten und überarbeiteten Manuskript eines Vortrages zum gleichen Thema, den ich im Februar 1995 bei der Stiftung »Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung« (Berlin) gehalten habe. Ich danke Richard Detje für Anregungen und die redaktionelle Bearbeitung.

[1] E. Hobsbawm, Age of Extremes. The Short Twentieth Century, London 1994, S. 6.

[2] Vgl. dazu die Rezension des Buches von Hobsbawm von F. Augstein, »Olympische Dialektik« in der ZEIT vom 10. Februar 1995.

[3] F. Deppe, Der Sozialismus und die geistige Situation am Ende des Jahrhunderts, in: H. Grebing u.a. (Hrsg.), Sozialismus in Europa – Bilanz und Perspektiven, Essen 1989, S. 26 ff. Besonders ausgeprägt waren solche Krisenstimmungen im Übergang vom 15. zum 16. Jahrhundert in Oberitalien, als – vor allem in Florenz – die Glanzperiode der Medici 1492 zu Ende ging und ausländische Truppen über Italien herfielen. Vgl. dazu F. Deppe, Niccolò Machiavelli. Zur Kritik der reinen Politik, Köln 1987.

[4] Vgl. dazu u.a. H. S. Hughes, Consciousness and Society. The Reorientation of European Social Thought, 1890-1930, New York 1961; G. Lichtheim, Europa im 20. Jahrhundert. Eine Geistesgeschichte der Gegenwart, München 1993; R. N. Stromberg, European Intellectual History since 1789, Englewood Cliffs, N.J. 1990 (5th ed.).

[5] F. Deppe, Kapitalismus und Demokratie. Ist die Marxsche Kritik der Politik überholt?, in: Sozialismus, 9/1993, S. 44ff.

berrevolution des Jahres 1917, dann aber vor allem nach 1945 strukturiert hatte), und

- zum anderen der inneren Entwicklungswidersprüche der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften des Westens (die ich als krisenhafte Auflösung der Kohärenz zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise, die die sog. »fordistische« Formation des Kapitalismus ausgezeichnet hatte, gefaßt hatte)

auf die Funktionsbedingungen und Widersprüche der politischen Systeme sind (genauer: Legitimationskrisen der demokratischen Systeme, Krise der »alten Parteien« in einigen Ländern, von denen Italien ein herausragendes Beispiel ist, Politikverdrossenheit und Krise des »Wohlfahrtsstaates«[6]).

Damit ist die Thematik aufgeworfen, ob und wie in einer internationalen Debatte, die die Notwendigkeit eines neuen »Klassenkompromisses« (im Sinne des Kampfes für eine Politik der Re-Regulation) betont, linke Positionen »verortet« werden können. In der Diskussion um einen *neuen Gesellschaftsvertrag*[7] geht es letztlich darum, das Terrain für die Auseinandersetzung um einen neuen Typ der Kohäsion von Akkumulationsregime und Regulationsweise zu sondieren bzw. das Terrain für das Verhältnis von Staat/Politik und Ökonomie – vor allem im Bereich der Entwicklung der »Arbeitsgesellschaft« – neu zu vermessen. Dabei umfaßt der ›Gesellschaftsvertrag‹ *mehr*, als mit der Kennzeichnung ›Klassenkompromisse‹ angezeigt ist: nämlich die in der kapitalistischen Produktionsweise notwendigen staatlich-institutionellen Arrangements der Regulationsweise, die von der gesetzlichen Normierung des Arbeitstages bis zur sozialen und kulturellen Infrastruktur reichen. Der ›Gesellschaftsvertrag‹ ist insofern *nicht nur* die »ungeschriebene Verfassung des historischen Blocks« (Robert W. Cox), sondern ebenso die in Richtlinien, Verordnungen, Gesetzen *geschriebene* und – in Sozialeinrichtungen wie Datenhighways – *vergegenständlichte*. Die »Staatsfalle«, in die die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung so häufig gerannt ist, obgleich sie das »Absterben des Staates« symbolisch vor sich her trug, ist grundsätzlich auch heute – bei allen zivilgesellschaftlichen Fortschritten – keineswegs eingeebnet.

Bei dem Ins-Maß-Nehmen stellt sich schließlich die Frage nach den möglichen Kräften, Subjekten und Bündniskonstellationen, kurz nach den Trägern eines neuen historischen Blocks, die die soziale Basis für die Durchsetzung eines neuen Gesellschaftsvertrages für den Beginn des 21. Jahrhunderts jenseits der Perspektive tiefer Gesellschaftsspaltungen darstellen könnten.

Derzeit erleben wir eine tiefgreifende welthistorische Zäsur,[8] in der alte Strukturen, Institutionen und auch Denksysteme sich aufgelöst haben und zerbrochen sind – eine Epoche der »Unübersichtlichkeit« (Habermas), der Ungewißheit und der Krise, eine Epoche, in der sich schon nach kurzer Zeit die Euphorie der »Sieger« in der Systemkonkurrenz merklich abgekühlt hat, eine Epoche der globalen Restrukturierung von Machtbeziehungen (nicht nur in Europa), eine Epoche der »Turbulenzen« (J. Rosenau). Dabei besteht »das Paradoxe der gegenwärtigen Situation gerade darin, daß in einer Zeit des notwendigen politischen Gestaltungsbedarfes für ein zu vereinigendes Deutschland, für ein neues Europa und für eine neue gerechte Weltordnung, sich die Weltwirtschaft, oder zumindest ihr Kern, die Triade: USA, Japan/Pazifischer Raum, Westeuropa, immer mehr ökonomisch und politisch desintegriert«, ein Prozeß, der zugleich das Nachdenken »über Alternativen zum herrschenden liberaldemokratischen Gesellschaftsprojekt« allenthalben (strukturell) blockiert.[9]

Alle starren auf die Regierenden und erwarten, was sie am wenigsten zu geben imstande sind: Führung. Sie praktizieren einen kruden Pragmatismus, Politik von der Hand in den Mund und tun dabei so, als hätten sie die Dinge im Griff. Aber jedermann spürt, daß dieses Spiel nicht ewig dauern kann.

Zu Recht haben *Gilbert Ziebura u.a.* das Fehlen von Visionen oder auch nur von Konzepten beklagt, um auf die neuen Herausforderungen zu antworten. Wenn dieser Zustand fortbesteht, »dann freilich darf sich niemand wundern, wenn eine allgemeine, zunächst untergründige Malaise entsteht, die bald an die Oberfläche der Gesellschaft gelangt und sich als Mißmut, Verzagtheit, Politikverdrosssenheit, dann als Orientierungslosigkeit äußert und schließlich in Apathie oder Bereitschaft zu Gewalt mündet. Inzwischen geraten Herrschaftsverhältnisse, in denen man sich eingerichtet hatte, ins Schwimmen, ohne daß sich jemand einen Vers darauf macht. Alle starren auf die Regierenden und erwarten von ihnen, was sie unter den obwaltenden Umständen am wenigsten zu geben imstande sind: Führung. Sie praktizieren das, was sie gelernt haben: einen kruden Pragmatismus, Politik von der Hand in den Mund und tun dabei so, als hätten sie die Dinge im Griff. Aber jedermann spürt, daß dieses Spiel nicht ewig dauern kann«.[10]

Das »Jahrhundert des Sozialismus«

Werfen wir einen Blick auf die *Jahrhundertbilanzen*. In einem Punkt stimmen die Beobachter überein: Dieses Jahrhundert zeichnete sich durch außergewöhnliche *Gewalt*anwendung aus. Mehr Menschen als je zuvor in der Geschichte wurden durch Kriege, durch politische Unterdrückung und andere Formen der Gewalt (Elend, Krankheiten, Hunger) getötet. »Man muß schon düstere Jahrhunderte heranziehen, um einen Vergleichsmaßstab zu bekommen: das 14. Jahrhundert mit der großen Pest, den Judenpogromen und den Verwüstungen der Mongolenstürme, oder das 17. Jahrhundert mit seinem religiösen Fanatismus, dem massenhaften Mord an Frauen und Männern unter dem Vorwurf der Hexerei, den endlosen Kriegen, von denen der Dreißigjährige nur einer war. Sicher ist, daß im 20. Jahrhundert weitaus mehr Menschen der Gewalt und dem Elend zum Opfer gefallen sind als in jedem anderen Jahrhundert«.[11] Auschwitz und Hiroshima bezeichnen zwei Orte, an denen sich symbolisch das unfaßbare Gewalt- und Zerstörungspotential der Politik und der Gesellschaften des 20. Jahrhunderts konzentrieren.

Der spezifische Widerspruch dieses Jahrhunderts besteht freilich nicht allein in diesen Explosionen der Gewalt, sondern gerade darin – so zitiert Hobsbawm den berühmten Geiger Yehudi Menuhin –, »daß es die größten Hoffnungen weckte, die jemals von der Menschheit artikuliert wurden, und daß es alle Illusionen und Ideale zerstörte«.[12] Niemals zuvor in der Geschichte war das Potential der wissenschaftlich-technischen und menschlichen Produktivkräfte so hoch entwickelt (und so dynamisch), um die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschheit zu verbessern; und niemals zuvor haben sich gerade diese Produktivkräfte – nicht nur in den modernen Waffensystemen, sondern auch in den modernen »Risikotechnologien« – in Waffen der Gewalt und der Zerstörung (des menschlichen Lebens wie der Natur) transformiert.

Zugleich aber ist das 20. Jahrhundert »eine Ära umfassender Demokratisierungs- und Emanzipationsprozesse, in deren Ablauf überkommene Herrschaftssysteme zerfielen, traditionelle Abhängigkeitsverhältnisse gesprengt wurden«.[13] Zu Beginn des Jahrhunderts herrschten in weiten Teilen der Welt – auch in Europa – feudale bzw. spätfeudale Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse, die Kolonialreiche beherrschten die Peripherie; selbst die bescheidensten Fortschritte der Demokratisierung (z.B. das allgemeine Wahlrecht) harrten in den Metropolen des Westens noch der Durchsetzung; die Öffnung des Bildungssystems und die Verbesserung des Lebensstandards, der Wohnverhältnisse, der Gesundheitsversorgung usw. standen erst bevor.

Niemals zuvor waren die Hoffnungen und Erwartungen so hoch gesteckt wie zu Beginn dieses Jahrhunderts. In der bürgerlichen Welt dominierte noch jenes *Fortschrittsbewußtsein*, das die Entwicklung des industriellen Kapitalismus mit der Vorstellung vom unaufhaltsamen Fortschritt bei der Verbesserung der Lebensbedingungen und bei der Realisierung der liberalen Ideen von den Menschenrechten, der individuellen Freiheit und der repräsentativen Demokratie verknüpfte. Auf der anderen Seite steht jener selbstbewußte Optimismus und Fortschrittsglauben, der aus dem Aufschwung der sozialistischen Arbeiterbewegung hervorgegangen war. In der ›Deutschen Metallarbeiterzeitung‹ vom 6. Januar 1900 (ich wähle hier bewußt eine Quelle, die mehr das Alltagsbewußtsein in der damaligen Arbeiterbewegung artikuliert) wurde der Gruß an das kommende Jahrhundert wie folgt formuliert: »An der Jahrhundertwende beginnen wir den neuen Zeitabschnitt mit der festen, unerschütterlichen Überzeugung, daß es dem Sozialismus, der den heftigsten Stürmen getrotzt und sich als unverwüstliche und unbesiegbare Macht erweisen hat, den endlichen und vollen und dauernden Sieg bringen wird. Und in dieser erhebenden und begeisternden Hoffnung rufen wir an der Jahrhundertwende unseren Lesern zu: ein fröhliches Prosit Neujahr!«.[14]

Die *Utopien des Liberalismus* gingen im Ersten Weltkrieg, in den Krisen der Zwischenkriegsperiode – vor allem in der großen Weltwirtschaftskrise nach 1929 – und schließlich im Faschismus und im Zweiten Weltkrieg »zu Bruch«. Die *sozialistischen Utopien* erhielten nach der Oktoberrevolution und vor allem nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen mächtigen Auftrieb und wurden – im sozialistischen Staatensystem, in den kapitalistischen Metropolen und vor allem in der sog. Dritten Welt – zur mächtigsten ideologischen Antriebskraft für die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsprozesse dieses Jahrhunderts. Sie zerschellten schließlich – nach-

---

[5] F. Deppe, Kapitalismus und Demokratie. Ist die Marxsche Kritik der Politik überholt?, in: Sozialismus, 9/1993, S. 44ff.

[6] Vgl. dazu jetzt H. J. Bieling, Politische Systeme unter Transformationsdruck – soziale Desintegration und institutioneller Wandel in Westeuropa, in: ders./F. Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, Marburg 1994 (FEG-Studien, Band 4), S. 11-30.

[7] F. Deppe, Ein neuer Gesellschaftsvertrag. Anmerkungen zu einem transnationalen Krisendiskurs, in: Sozialismus, 7/94, S. 25ff.

[8] Vgl. dazu u.a. F. Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg 1991 (2. Aufl.).

[9] J. Esser, Die Suche nach dem Primat der Politik, in: S. Unseld (Hrsg.), Politik ohne Projekt? Frankfurt/Main 1993, S. 409ff., hier S. 410/1 und S. 429.

[10] M. Bonder, B, Röttger, G. Ziebura, Deutschland in einer neuen Weltära. Die unbewältigten Herausforderungen, Opladen 1992, S. 9/10.

[11] P. Scherer, Burgfrieden, Bürgerkrieg, Bananenrevolution, in: Sozialismus, 11/1994, S. 51 ff.; vgl. auch K. Dermutz, An der Schwelle zum 3. Jahrtausend, in: Freitag vom 6. Januar 1995.

[12] Zit. n. E. Hobsbawm, Age of Extremes, a.a.O., S. 2.

[13] I. Fetscher/H. Münkler, Vorwort, in: dies. (Hrsg.), Pipers Handbuch der politischen Ideen, Band 5: Neuzeit, München/Zürich 1987, S. 20.

[14] Zit. n. W. Roßmann, Vom mühsamen Weg zur Einheit. Lesebuch zur Geschichte der Kölner Metall-Gewerkschaften, Band 1, Hamburg 1991, S. 203/204.

dem die stalinistischen Exzesse der dreißiger Jahre schon die erste große Welle der Enttäuschungen und Abwendungen ausgelöst hatten – an den Klippen des »Dritten Weltkrieges«,[15] des – wie Valentin Falin berichtet – des öfteren sehr heißen »Kalten Krieges«. Es war nicht allein die Instrumentalisierung des kritischen, marxistischen Denkens für die Sicherung der kommunistischen Parteiherrschaft in der Sowjetunion (und auch für die Verbrechen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden), sondern auch für die politischen und ideologischen Grabenkämpfe im Kalten Krieg, die schon früh die Kraft des »utopischen Denkens« ausgezehrt hatten. Die kurze Blüte der Marxismus-Renaissance der sechziger und frühen siebziger Jahre (im Westen wie im Osten, dort allerdings mit Repression konfrontiert) hat im Bewußtsein zahlreicher Intellektueller zeitweilig diesen langfristig wirkenden Trend verschleiert.

In diesem Sinne kann dieses 20. Jahrhundert durchaus als ein *Jahrhundert des Sozialismus* bezeichnet werden: in dem Versuch, den Sozialismus als eine andere – nicht-kapitalistische – Gesellschaftsordnung aufzubauen, ihn ferner als Konzept für die Durchsetzung der nationalen Unabhängigkeit und der Überwindung der Unterentwicklung zu rezipieren und schließlich – hier paßt Dahrendorfs Formel vom »sozialdemokratischen Jahrhundert« – als Anstrengung des reformistischen Sozialismus, den hochentwickelten Kapitalismus wohlfahrts- und interventionsstaatlich zu »zivilisieren«. Es war ein »Jahrhundert des Sozialismus« sowohl in seinen Wirkungen auf die antisozialistischen und antikommunistischen Gegenstrategien (die immerhin für einen erheblichen Teil der Gewalttaten dieses Jahrhunderts verantwortlich gewesen sind), als auch aufgrund der inneren Widersprüche (und Gewalttaten) in der sozialistischen Welt selbst. Bis fast zum bitteren Ende hat der optimistische »Glaube« an die Fortschritts- und Friedenspotentiale der sozialistischen Staatengemeinschaft und der Arbeiterbewegung fortbestanden, d.h. der »Glaube«, daß die Menschheit im 20. Jahrhundert in der Epoche des gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sich befinde.[16]

Und doch wäre es ganz falsch, dieses Jahrhundert als eine Epoche des *Kampfes der Ideologien* (deren Träger zur Erringung von Macht zum Mittel der Gewalt greifen) zu charakterisieren.[17] So gelangt man leicht zu jenen konservativen, kulturpessimistischen Interpretationen, die das Jahrhundert (schon zu Beginn) – im Geiste Nietzsches – als das »Jahrhundert des Nihilismus« bezeichnet haben. Noch 1930 eröffnete Karl Jaspers seine Analyse der »Geistigen Situation der Zeit« mit der Krisendiagnose, daß wir »vor dem Nichts stehen«.[18] Oder wir gelangen schnell zu jener Mythologisierung des »Weltbürgerkrieges« bei Ernst Nolte,[19] der schließlich Marxismus und Bolschewismus für die Verbrechen des Faschismus verantwortlich macht und diesen in seiner Funktion der Abwehr des Bolschewismus rechtfertigt. Die politischen Ideologien standen stets in einem unmittelbaren Zusammenhang mit realen gesellschaftlichen und politischen Herrschaftsinteressen und dem Kampf um Machtpositionen, um diese Interessen zu verteidigen, zu expandieren oder – »von unten« – zu artikulieren und durchzusetzen. Die Wirksamkeit von Ideologien – z.B. die Rolle des »Marxismus-Leninismus« nach 1917 in der sog. Dritten Welt, zunächst vor allem in Asien (z.B. auf höchst unterschiedliche Weise in China und Indien) – wird überhaupt nur dann richtig zu begreifen sein, wenn die konkreten Lebensverhältnisse der Volksmassen (das unglaubliche Massenelend, die Demütigung durch das Ausland, die politische Zersplitterung, die verschiedenen Formen der kulturellen Rückständigkeit usw. usf.) in den Blick genommen werden.

Bis zum bitteren Ende hat der »Glaube« an die Fortschritts- und Friedenspotentiale der sozialistischen Staaten und der Arbeiterbewegung fortbestanden – der »Glaube«, daß die Menschheit im 20. Jahrhundert in der Epoche des gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sich befinde.

Fragen wir nach den dominanten Widerspruchs- und Konfliktformationen, die die Gewaltexplosionen dieses Jahrhunderts verursacht und vorangetrieben haben, so erschließt sich ein komplexes Geflecht von Interessen und Widersprüchen. Und doch lassen sich diese Formationen in erster Linie auf die innere Entwicklungsdynamik des »kapitalistischen Weltsystems« (Wallerstein) bzw. der vom Imperialismus beherrschten nationalen und internationalen Ordnung zurückführen.

- *Erstens* die machtpolitischen Interessenkonflikte zwischen den imperialistischen Staaten. Hier liegen die politischen Voraussetzungen für die beiden Weltkriege, für die »imperialistische Aufteilung der Welt«, aber auch für die Wirksamkeit von Ideologien wie dem Sozialdarwinismus, dem Nationalismus und dem Rassismus.
- *Zweitens* die sozialen und politischen Klassengegensätze in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Um diese Achse zentrieren sich nicht allein die Kämpfe für die Überwindung sozialer Ungleichheit, sondern auch die Kämpfe um die Erweiterung der politischen und sozia-

len Demokratie. Immerhin bedurfte es der revolutionären Klassenkämpfe am Ende des Ersten Weltkrieges, um in Deutschland – aber auch in anderen Ländern – elementare Forderungen der bürgerlichen Revolutionen wie z.B. das allgemeine Wahlrecht durchzusetzen.

■ *Drittens* der Gegensatz zwischen den kolonialen (bzw. halbkolonialen) Metropolen und der »Peripherie«. Seit Beginn dieses Jahrhunderts setzte der Kampf um nationale Unabhängigkeit und Überwindung der Unterentwicklung ein. Er steigerte sich in der Zwischenkriegsperiode und vollendete sich im Medium extrem gewaltsamer Bürgerkriege und Kriege (die dann, wie z.B. der Vietnam-Krieg im Zeichen der Systemkonkurrenz, später sogar des Bruchs zwischen der KPdSU und der KP Chinas standen) weitgehend bis zum Ende der fünfziger Jahre.

■ Schließlich *viertens* – nach 1945 – die globale Konfliktformation des »Kalten Krieges«, die alle anderen Konstellationen »überdeterminierte« und zugleich auf die inneren Entwicklungsbedingungen in den jeweiligen Systemen zurückwirkte. Sie schuf im Westen – zusammen mit der Hegemonie der USA – die Rahmenbedingungen für das »Golden Age« des westlichen Metropolenkapitalismus.[20] Auf der Basis eines außergewöhnlichen ökonomischen Wachstums sowie des Aufbaus sozialstaatlicher Sicherungssysteme etablierte sich eine – aus der Perspektive der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts unerwartet lange – Periode der Stabilität demokratischer Regime in diesen Ländern.

In der ersten Hälfte des Jahrhunderts – nach der Katastrophe von 1914, die den endgültigen Abschied von der Welt und Gesellschaft des 19. Jahrhunderts bedeutete[21] – tendierten diese Interessengegensätze zu einer extremen Polarisierung zwischen den Staaten und zwischen den Klassen. In der Zeit des »Kalten Krieges« dagegen verfestigten sie sich zu einer Polarisierung, die die unmittelbare Gewalt weitgehend »externalisierte« (Nord-Süd-Konflikt, der allerdings als Ost-West-Konflikt ausgetragen wurde). Im Inneren der beiden Systeme verstärkte sich jedoch eine Integrationstendenz und -politik, die darauf gerichtet war, das Aufbrechen der inneren Konflikte weitgehend unter Kontrolle zu halten.[22] Gewiß gab es auch Entwicklungswidersprüche, die aus der inneren Entwicklung der sozialistischen Systeme und den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten resultierten, und diese Widersprüche hatten ihrerseits einen *wesentlichen* Einfluß auf die schließlichen Resultate der Systemkonkurrenz. Dies relativiert jedoch keineswegs die Dominanz jener Widerspruchskomplexe und Konfliktkonstellationen, die mit der Entwicklung des »kapitalistischen Weltsystems« verbunden sind. Insoweit trifft die Formel vom »Jahrhundert des Sozialismus« nur insoweit zu, als die Herausforderung durch den »Sozialismus« die wesentliche Herausforderung dieses kapitalistischen Weltsystems gewesen ist.

Linke Politik am Ende des 20. Jahrhunderts wird sich noch sehr viel intensiver als bisher um die Klärung des *kollektiven Gedächtnisses* bemühen müssen, um das Feld der geschichtlichen Aufarbeitung weder den Totengräbern noch den »Abwicklern« und »Nachlaßverwaltern« des Sozialismus zu überlassen. Dazu bedarf es einer »rücksichtslosen, grausamen, bis auf den Grund der Dinge gehenden Selbstkritik« (Rosa Luxemburg). Nichts wäre fataler als die Beteiligung an neuen Geschichtsmythen, wo nur nüchterne Aufarbeitung der Fehlentwicklungen und Illusionen weiterhilft. Dabei sollten allerdings die Motive und Ziele nicht vergessen werden, die das Handeln der Akteure vor allem auf Seiten der kommunistischen und sozialistischen Arbeiterbewegung, in den demokratischen und antiimperialistischen Bewegungen dieses Jahrhunderts leiteten und ihre Moral inspirierten: die Menschenwürde und der Humanismus, der Pazifismus und die Idee

---

[15] Zur Metapher vom »Dritten Weltkrieg« vgl. P. Sloterdijk, Falls Europa erwacht, Frankfurt/Main 1994, S. 29.

[16] Vgl. z.B. F. Rupprecht, Realer Optimismus, Berlin 1983; schon sehr viel zurückhaltender und differenzierter W. Eichhorn/W. Küttler, »...daß Vernunft in der Geschichte sei«, Berlin 1989.

[17] So K. D. Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984.

[18] »Es ist wohl ein Bewußtsein verbreitet: alles versagt; es gibt nichts, das nicht fragwürdig wäre; nichts eigentliches bewährt sich; es ist ein endloser Wirbel, der im gegenseitigen Betrügen und Sichselbstbetrügen durch Ideologien seinen Bestand hat. Das Bewußtsein des Zeitalters löst sich von jedem Sein und beschäftigt sich mit sich selbst. Wer so denkt, fühlt sich zugleich selbst als nichts. Sein Bewußtsein des Endes ist zugleich Nichtigkeitsbewußtsein seines eigenen Wesens«. K. Jaspers, Die geistige Situation der Zeit (1930), Berlin 1979, S. 15/17.

[19] Vgl. u.a. E. Nolte, Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945, in: ders., Lehrstück oder Tragödie? Beiträge zur Intepretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts, Köln/Weimar/Wien 1991, S. 19ff.

[20] Vgl. S. A. Marglin/J.B. Schnor (Eds.), The Golden Age of Capitalism, Oxford 1990.

[21] Vgl. dazu E. Hobsbawm, Das imperiale Zeitalter. 1875-1914, Frankfurt/New York 1989, S. 22/23. »Was am 1. August 1914 in Europa geschah, kann keine Geschichte der Ursachen und Veranlassungen, die zum Ersten Weltkrieg führten, und keine Analyse der Motive und Hintergedanken, die hinter den offiziellen Kriegserklärungen lagen, erhellen. Das Schlaglicht der Katastrophe mag uns heute noch so blenden, daß wir die Konturen der Ereignisse nur mit Mühe sehen und nachziehen können; es ist jedenfalls das einzige Licht, das wir haben, und es beleuchtet, wie alle Ereignisse, die ihr Licht in den Geschehniszusammenhang der Geschichte werfen, nicht nur sich selbst, sondern seine eigene Vergangenheit und seine unmittelbare Zukunft. Wir können aus der Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts den Ersten Weltkrieg nicht ›erklären‹; aber wir können gar nicht anders, als im Lichte dieser Katastrophe das Jahrhundert verstehen, das in ihr sein Ende fand«. H. Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1993, S. 422.

[22] »Ausgeweitet zu einem ganzen System von Herrschaft und Gleichschaltung, bringt der technische Fortschritt Lebensformen (und solche der Macht) hervor, welche die Kräfte, die das System bekämpfen, zu besänftigen und allen Protest im Namen der historischen Aussichten auf Freiheit von schwerer Arbeit und Herrschaft zu besiegen oder zu widerlegen scheinen. Die gegenwärtige Gesellschaft scheint imstande, einen sozialen Wandel zu unterbinden – eine qualitative Veränderung, die wesentlich andere Institutionen durchsetzen würde, eine neue Richtung des Produktionsprozesses, neue Weisen des menschlichen Daseins«. H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch (1964), Neuwied und Berlin 1970, S. 14. Die neuere Arbeit von M. Kaldor, Der imaginäre Krieg. Eine Geschichte des Ost-West-Konflikte, Hamburg, Berlin 1992, charakterisiert in diesem Sinne den »Kalten Krieg« als ein »Geschäft auf Gegenseitigkeit zwischen Atlantizismus und Stalinismus« (S. 258/9).

des friedlichen Zusammenlebens der Völker (gegen den Chauvinismus und Militarismus), das Ideal der transnationalen Solidarität zwischen den Menschen (gegen Rassismus und Kolonialismus), das Ideal der sozialen Gerechtigkeit und der Hebung des kulturellen Niveaus der Volksmassen (gegen das elitäre Denken der herrschenden Klassen).

Ob die Geschichte noch im Scheitern großer politischer Experimente solche positiven Impulse und Kräfte der moralischen Überlegenheit zu speichern vermag, um sie später zu ihrem Recht kommen zu lassen, sei dahingestellt. Jedenfalls sollte es die Linke nicht einfach passiv hinnehmen, daß bei den Siegesfeiern über den gescheiterten sog. »realen« Sozialismus auch das Scheitern dieser Ideale als fait accompli im herrschenden Bewußtsein anerkannt wird. Immerhin steht das bürgerliche Krisenbewußtsein des frühen 20. Jahrhunderts im Zeichen des Gleichheitsgrundsatzes der Aufklärung und der bürgerlichen Revolution. Die Verkündigung der Menschen- und Bürgerrechte im Geiste Rousseaus war der »große historische Fehltritt«, der aus der Sicht des konservativen Bewußtseins die Krise der Moderne einleitete. Diese wurde im frühen 20. Jahrhundert gerade darin wahrgenommen, daß die Volksmassen sich anschickten, in die Politik einzugreifen: allgemeines Wahlrecht als Verwirklichung der Demokratie und Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse und den Markt als Kern einer neuen Politik gegen soziale Ungleichheit. Die reaktionäre Wende im bürgerlichen Denken (»Zerstörung der Vernunft«; »Dialektik der Aufklärung« etc.) war auch eine Reaktion auf diese moralische Überlegenheit des Sozialismus (und dabei geht es selbstverständlich nicht nur um Ideen, sondern um die Veränderung und Gestaltung der konkreten Lebensverhältnisse).

Linke Politik am Ende des 20. Jahrhunderts wird sich noch sehr viel intensiver als bisher um die Klärung des kollektiven Gedächtnisses bemühen müssen, um das Feld der geschichtlichen Aufarbeitung weder den Totengräbern noch den »Abwicklern« und »Nachlaßverwaltern« des Sozialismus zu überlassen.

Vom »Ende der Geschichte« und der »Zukunft der Moderne«

Mit solchen Überlegungen nähern wir uns der »Politik am Ende des 20. Jahrhunderts«. Zwei Paradigmen stehen im Zentrum der Diskussion:

- *erstens* die These vom »Ende der Geschichte«, genauer die These vom endgültigen Sieg des Liberalismus: kapitalistische Marktwirtschaft plus pluralistische, repräsentative Demokratie;
- *zweitens* die Interpretation der Epoche im Lichte des modernisierungstheoretischen Paradigmas.

Fukuyamas populäre Formel vom *Ende der Geschichte* besagte zunächst, daß dieses Jahrhundert »voller Vertrauen auf den Endsieg der westlichen liberalen Demokratie begann«, daß es danach in einen Abgrund ideologischer Gewalt stürzte (Faschismus, Bolschewismus), und daß es am Ende zu seinen Anfängen zurückkehrt: zu einem »klaren Triumph des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus«.[23] Joachim Fest hat diese These vom endgültigen Sieg der marktwirtschaftlichen demokratischen Prinzipien – die gleichsam das Zentrum des herrschenden Bewußtseins markiert – noch zugespitzt: Der Sozialismus sei endgültig »Stoff für Historiker geworden«; ein Leben ohne Utopien sei ein Leben ohne den »Terreur der Ideen«.[24]

Doch nur kurze Zeit nach den Siegesfeiern der Jahre 1989/90 überwiegt auch im liberal-konservativen Lager die Skepsis und Ernüchterung gegenüber den Thesen von Fukuyama. Für die internationale Politik häufen sich die Studien und Analysen, die von einer neuen turbulenten Weltordnung des Chaos, von einem »neuen Mittelalter« (Alain Minc), von einer Welt »out of control« (Breszinski), von einem »Zusammenprall der Zivilisationen« (S. Huntington) ausgehen. Ebenso nimmt in der Innenpolitik – in allen kapitalistischen Metropolen – die Unsicherheit zu, ob die liberalen Ordnungssysteme tatsächlich den gewaltigen Herausforderungen standhalten, die nunmehr nach dem Ende der Systemkonkurrenz zu bewältigen sind. Joachim Fest selbst hat den Zweifel geäußert, ob – nachdem der kommunistische Gegner verlorengegangen ist – Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und Freiheit bewahrt werden können: »Inzwischen müssen jene Ordnungen die so lange geborgte Kraft aus sich selbst hervorbringen, und die Frage ist, ob sie dazu in der Lage sind«.[25] Hieraus folgt nicht allein der Hinweis, daß der »Sozialstaat« als ein typisches Produkt des »Kalten Krieges«, das in der heutigen Standortkonkurrenz nicht mehr zu »halten« sei, zur Disposition gestellt werden muß. Gleichzeitig wird gefordert, zur Anerkennung des »Primats der Außenpolitik« zurückzukehren. Deutschland sei nunmehr als die »Zentralmacht in der Mitte Europas« zu einer Großmacht geworden, die ihre machtpolitischen Interessen in der globalen Politik offen artikulieren und verfolgen muß.[26]

Der Umschlag der liberalen Euphorien in eher pessimistische Szenarien, die Carl Schmitt's Liberalismuskritik wiederholen[27] und dabei dessen staatliches Ordnungsdenken mit dem ökonomischen Liberalismus von Adam Smith versöhnen wollen, kennzeichnet zugleich die Aporien des neokonservativen Denkens.[28]

Es ist dieser »neue Realismus« (Baring, Schwarz u.a.), der heute – auch mit dem Rekurs auf die deutsche Geschichte seit Bismarck – von der These vom »Ende der Geschichte« implizit Abschied nimmt (auch Abschied nimmt von den alten »europäischen Idealen«). Es liegt auf der Hand, daß damit zugleich die zentralen Themen für die politischen Auseinandersetzungen vorgegeben werden: Hegemonialpolitik nach außen und Abschied vom Wohlfahrtsstaat (und der mit ihm verbundenen Versorgungs- bzw. »Dekadenzmentalität«) nach innen. Arnulf Baring hat diese Forderungen jüngst sehr klar zusammengefaßt: »Wir sind uns doch wohl darüber einig, daß wir mit unseren heutigen Vorstellungen, Werten, Wünschen, Hoffnungen, die wir seit dem letzten Krieg entwikkelt haben, nicht über die nächsten Jahrzehnte hinwegkommen werden. Diese Gesellschaft wird zugrunde gehen, wenn sie sich auf den heutigen, wenn auch respektablen Kanon beschränkt. Die neue Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß mehr Verantwortung, mehr Aufgaben, mehr Pflichten – ja, Pflichten! – auf die Deutschen zukommen, und damit müssen sie sich endgültig beschäftigen. Denn wenn sie sagen: Das lehnen wir alles ab, wir bleiben gerne Zwerge, tief versteckt im dunklen Wald, wohlstandsgesichert, weil das doch die einzig vernünftige und erfreuliche Lebenshaltung ist, dann werden wir, Hedoniker, die wir geworden sind, in ein Fellachendasein absinken. Dann werden wir in eine Situation geraten, daß andere über unser Schicksal entscheiden. Es geht nicht nur um Innenpolitik, es geht wesentlich um Außenpolitik ... Für einen Großteil unserer Landsleute gibt es gar keine Außenpolitik mehr, sondern nur noch Friedenspolitik, oder was sie dafür halten«.[29]

Der *modernisierungstheoretische Diskurs* in der Tradition des *Liberalismus* hat sich vielgestaltig ausdifferenziert:

■ Zeitweilig dominierte jene postmoderne Beliebigkeit, die die Befreiung vom »Terror der Utopien« bzw. den Abschied von den »großen Erzählungen« (Lyotard) im nachmetaphysischen Zeitalter feierte. In der Anerkennung von Differenz und Pluralismus versammeln sich die unterschiedlichsten Positionen: ein spätnietzeanischer Kulturpessimismus,[30] der neokonservative Appell an die Rekonstruktion der christlichen Philosophie und der Religion,[31] das moderate Plädoyer für einen anti-totalitären Pluralismus,[32] die Theorie einer – dialektisch begriffenen – Ästhetik des von den transnationalen Konzernen beherrschten Spätkapitalismus[33] oder die radikale Behauptung von Minderheitenrechten.[34]

■ Es zeichnet zahlreiche modernisierungstheoretische Analysen der Politik bzw. der politischen Theorie im 20. Jahrhundert aus, daß sie bei der Konstruktion ihres Schemas »Prämoderne – Moderne – Postmoderne« die Katastrophen und Gewaltexplosionen, die Kriege und Krisen, den Kolonialismus und den Neokolonialismus usw. vollständig ignorieren bzw. als Referenzpunkte für die Entwicklungstendenzen dieses Jahrhunderts unterbelichten. Max Webers Rationalisierungsbegriff wird so zur Folie einer Evolutionskonzeption moderner Gesellschaften, die zwar die inneren Widersprüche dieser Evolution – vor allem im Bereich der Technikentwicklung und der »Bürokratisierung« – als »reflexive Modernisierung« zur Sprache bringt, aber letztlich den Zusammenhang zwischen der sozialökonomischen, der politischen und der geistig-kulturellen Entwicklung als »vormoderne« Fragestellung de-thematisiert hat. Stattdessen herrscht – im Anschluß an Niklas Luhmann – die »Einsicht« vor, »daß die zentrifugale Dynamik funktionaler Differenzierung eine Meta-

---

[23] Vgl. F. Fukuyama, Das Ende der Geschichte, in: Europäische Rundschau, Winter 1990, S. 3ff.; vgl. auch P. Anderson, Zum Ende der Geschichte, Berlin 1993.

[24] J. Fest, Der zerstörte Traum. Das Ende des utopischen Zeitalters, Berlin 1991; vgl. auch B. Ackerman, Ein neuer Anlauf für Europa. Nach dem utopischen Zeitalter, Berlin 1993.

[25] J. Fest, Krise des Politischen, in: FAZ vom 14.10.1993, S. 1.

[26] Vgl. dazu H. P. Schwarz, Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.

[27] Einer der Vordenker der »neuen Rechten« beschwört denn auch schon den »Ernstfall« bzw. den drohenden »Ausnahmezustand«, vgl. G. Rohrmoser, Der Ernstfall. Die Krise unserer liberalen Republik, Berlin 1994.

[28] Diese Verbindung ist – wie wir seit der Pinochet-Militärdiktatur in Chile, die nach 1973 wirtschaftspolitisch das Programm der »Chicago-Boys« von Milton Friedman implementierte, wissen – nicht neu. R. Cockett, der die Geschichte der neoliberalen, antikeynesianischen »Konterrevolution« seit den dreißiger Jahren (Friedrich von Hayek u.a.), bis zum Sieg des Thatcherismus in den achtziger Jahren rekonstruiert hat (Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution, 1931-1983, London 1994), berichtet die folgende Episode: Albert Sherman, eine der rührigsten Figuren des britischen Neoliberalismus – im Jahre 1980 noch Direktor des Centre for Political Studies, eines der wichtigsten Think-Tanks des radikal liberalen Flügels der Konservativen Partei, aus dem er allerdings 1983 ausschied – bemühte sich 1987 vergeblich, den französischen Neofaschisten Jean-Marie Le Pen als Redner am Rande einer konservativen Parteikonferenz unterzubringen.

[29] A. Baring, Deutschland, was nun? a.a.O., S. 206; zur Kritik dieser Thesen einer »neuen Rechten« bzw. des neuen »Elitennationalismus« vgl. H. U. Wehler, Angst vor der Macht. Die Machtlust der Neuen Rechten, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1995; sowie J. Habermas, 1989 im Schatten von 1945, in: ders., Die Normalität einer Berliner Republik, Frankfurt/Main 1995, S. 167ff., bes. S. 170ff.

[30] Vgl. u.a. D. Kamper/W. van Reijen (Hrsg.), Die unvollendete Vernunft. Moderne versus Postmoderne, Frankfurt/Main 1987.

[31] Vgl. P. Koslowski, Die postmoderne Kultur, München 1988, bes. S. 24.

[32] So W. Welsch, Unsere postmoderne Moderne, Weinheim 1987.

[33] F. Jameson, Postmoderne – zur Logik der Kultur im Spätkapitalismus, in: A. Huyssen/K. R. Scherpe (Hrsg.), Postmoderne, Reinbek bei Hamburg 1986.

[34] »Man muß also zu einer Idee und einer Praxis der Gerechtigkeit gelangen, die nicht an jene des Konsens gebunden ist«, J. F. Lyotard, Das postmoderne Wissen, Graz/Wien 1986, S. 190.

morphose des Ordnungsprinzips von Gesellschaft, eine durchdringende Umstellung auf heterarchische, polyzentrische und dezentrale Arrangements autonomer Teilsysteme von Gesellschaft vorantreibt«.[35]

Klaus von Beyme bringt gar das Kunststück fertig, ein – wie gewöhnlich einschlägiges und sehr gelehrtes – Buch über die »Theorie der Politik im 20. Jahrhundert« zu schreiben, ohne auch nur einmal auf die Frage einzugehen, welche Bedeutung den realen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsprozessen dieses Jahrhunderts für die Theorie der Politik zukommt. Der Staat – so die zentrale These, die von Niklas Luhmann übernommen wird[36] – ist nicht mehr souverän: »Die Entzauberung des Staates in der nachmodernen politischen Theorie entsubstantialisierte den Machtbegriff«.[37] Die politischen Themen dieses Diskurses, der weitgehend auf eine kritische Auseinandersetzung mit den Macht- und Herrschaftsverhältnissen moderner kapitalistischer Gesellschaften verzichtet hat (bzw. diesen als ideologisch-vormodern kritisiert), betreffen die Probleme des »Staatsversagens«, d.h. der erodierenden Steuerungsfähigkeit gesellschaftlicher Prozesse durch die Politik, und treffen sich darin weitgehend mit der Interventionsstaatskritik der neoliberalen Ökonomen. Der »Wohlfahrtsstaat«, so Luhmann, ist eine »Überforderung des Staates an die Politik«; denn er verteilt »grenzenlos«, was wirtschaftsbezogen knapp zu sein hat: Arbeit und Geld.

Es zeichnet zahlreiche modernisierungstheoretische Analysen aus, daß sie bei der Konstruktion des Schemas »Prämoderne-Moderne-Postmoderne« die vielfältigen Katastrophen und Gewaltexplosionen ignorieren bzw. als Referenzpunkte für die Entwicklungstendenzen dieses Jahrhunderts unterbelichten.

Auf der anderen Seite wird mit der institutionalistischen und handlungstheoretischen Orientierung der sog. »Policy-Forschung« auf Verhandlungssysteme und auf sog. »Governance«-Regime[38] (statt Government) eine Erweiterung des Politikbegriffs (»Netzwerke«) vorgenommen, die allerdings fast durchgängig auf abstrakten handlungstheoretischen Prämissen beruht.[39]

■ Unter der Fahne des zivilgesellschaftlichen Diskurses versammeln sich schließlich diejenigen, die die »Entzauberung des Staates« (Willke) nicht über Luhmann, sondern über Hannah Arendt[40] und über eine Neuinterpretation der »demokratischen Frage« entdeckt haben. Bei Antonio Gramsci war noch die Analyse der ›Società Civile‹ Moment einer theoretischen Reflexion des Verhältnisses von Basis und Überbau, von Ökonomie und Politik, die auf einen vertieften und erweiterten Begriff bürgerlicher Herrschaft (Hegemonieproblematik) und daraus folgend auf eine Reformulierung der Strategien des Kampfes um die Aufhebung dieser Herrschaft gerichtet war.[41] Davon freilich hat sich die Konzeption der »autonomen Zivilgesellschaft« ganz bewußt abgesetzt. »Mit der Selbsterklärung der Menschenrechte und der wechselseitigen Zuerkennung des Rechts, Rechte zu haben, instituiert sich die Zivilgesellschaft als eine handlungsfähige und konfliktintensive Pluralität, die in der Lage ist, die öffentliche Sphäre gegenüber der Macht zu behaupten und mit dem Widerstreit der Meinungen, immer neuen Themen und Rechtsansprüchen sowie mit den vielfältigen Formen symbolischer Praxis auszufüllen. Erst jetzt tritt das demokratische Element zu den republikanischen Institutionen und erfüllt sie mit politischem Leben... Die öffentlichen Debatten und die symbolische Praxis der Bürger und ihrer Assoziationen erweisen sich so in einer Demokratie als die unhintergehbaren und unverfügbaren Legitimationsgrundlagen der Macht«.[42]

Das Konzept der radikalen Demokratie, die gerade nicht über den Staat, sondern über die Öffentlichkeit und die autonome Zivilgesellschaft lebendig bleibt, versteht sich als Programm gegen alle Spielarten des Totalitarismus sowie eine auf individuelle Freiheit zentrierte »libertäre Demokratie«.[43] Indem aber dieser zivilgesellschaftliche Diskurs die Politik konsequent von den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen trennt, reproduziert er nicht allein die klassischen Illusionen des radikalen, individualistischen Liberalismus, die seit mehr als zwei Jahrhunderten wohlbekannt sind. Vielmehr trennt er auch die demokratische von der sozialen Frage (u.a. wird dabei auf das Argument vom »Ende der Arbeitsgesellschaft« verwiesen). Damit steht er in der Gefahr, jene Krisendiagnose der Moderne von Hannah Arendt zu übernehmen, die – hier ganz Schülerin von Heidegger und Jaspers – die Technisierung und Vermassung, aber die damit verbundene »Entgrenzung« des Politischen durch die Politisierung der sozialen Frage, als deren wesentliche Ursachen angenommen hatte.[44] Der heroische Individualismus, der gerade in der heutigen, unübersichtlichen Welt mit ihren globalen Nivellierungstendenzen (vor allem im Bereich der »Massenkultur«) als eine respektable Widerstandsform anerkannt werden muß,[45] wird freilich kaum neue Erkenntnisse für die Bearbeitung jener sozialen, ökonomischen und politischen Probleme und Widersprüche bereitstellen, die das »kapitalistische Weltsystem« am Ende des 20. Jahrhunderts mit sich schleppt und neu erzeugt.

Er wird sich freilich oftmals in (ungewollten) Koalitionen mit neoliberalen und neokonservativen Ideologen befinden, die den historischen »Ballast« des – in der Ära des Fordismus durchgesetzten – Wohlfahrtsstaates sowie die »nationale Verfaßtheit des Sozialen« als das Haupthindernis auf dem Wege einer Modernisierung des transnationalen Kapitalismus (verbunden mit der Anerkennung des Primats einer machtorientierten Außenpolitik) ausräumen wollen.[46]

Eine andere Richtung des modernisierungstheoretischen Diskurses soll im Anschluß an Ulrich Beck und Antony Giddens[47] als *»reflexive Modernisierung«* bezeichnet werden. Schon in der »Risikogesellschaft« hatte Beck von der Tendenz der modernen Industriegesellschaft gesprochen, mit jedem weiteren Fortschritt ihre eigenen Grundlagen in Frage zu stellen. In seinem Buch »Die Erfindung des Politischen« bestimmt er die Krise des Politischen in der Gegenwart darin, daß die politischen Institutionen nicht mehr in der Lage sind, der »Nachtseite der Modernisierung: der Gegenmodernisierung« Herr zu werden. »Gegenmodernisierung« meint: die »Rückkehr der alten Monster« (Max Gallo), die die Katastrophen der Politik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmt hatten: Massenarbeitslosigkeit und Elend, Krieg und Gewalt, Rassismus und Nationalismus. »Erfindung des Politischen« meint folgendes: »Das Modell der westlichen Moderne, jene ›okzidentale‹ Mischung aus Kapitalismus, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und nationaler, was auch immer heißt: militärische Souveränität, ist antiquiert, muß neu verhandelt und entworfen werden. Das ist der Kern der viel diskutierten Krise der westlichen Parteiendemokratie. Es kann auch radikalisiert und reformiert werden auf dem Hintergrund des gesicherten Selbstbewußtseins nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Nicht zur Disposition stehen die Errungenschaften der europäischen Moderne – parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte, die Freiheit der Individuen, sehr wohl aber die Art ihrer Umsetzung in den Gußformen der Industriegesellschaft«.[48]

Hier sind zweifellos einige der zentralen Themen und Problemstellungen der Politik am Ende des 20. Jahrhunderts angesprochen, wobei auffällt, daß Beck die Frage der »sozialen Ausgestaltung des Modernisierungsprozesses« vernachlässigt und z.B. den Wohlfahrtsstaat – ein Produkt der europäischen Moderne des 20. Jahrhunderts – nicht zu den »Errungenschaften« zählt.[49] Dieser moder-

[35] H. Willke, Ironie des Staates, Frankfurt/Main 1992, S. 7.

[36] Vgl. u.a. N. Luhmann, Staat und Politik: Zur Semantik der Selbstbeschreibung politischer Systeme, In. U. Bermbach (Hrsg.), Politische Theoriegeschichte, PVS-Sonderband 15/1984, S. 99-125.

[37] K. von Beyme, Theorie der Politik im 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1991, S. 23.

[38] Der Begriff der Governance wurde zuerst für die internationale Politik eingeführt, um einen Prozeß der zunehmenden Entstaatlichung bei der Bearbeitung von internationalen Problemen bzw. Konflikten (Zusammenwirken verschiedener staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, vor allem der sog. NGOs, der Non-Governmental Organizations, wie z.B. Greenpeace) zu beschreiben. Inzwischen wird dieser Begriff auch für die »Entstaatlichung« der Innenpolitik verwendet, vgl. dazu z.B. Bob Jessop, Die Zukunft des Nationalstaates: Erosion oder Reorganisation? in: ders. u.a., Europäische Integration und politische Regulierung, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Studien Nr. 5, Marburg 1995, S.9 ff.

[39] Klaus von Beyme (a.a.O., S. 22) hebt – gleichsam als Vorbild für ein nachmodernes Wissenschaftsverständnis – die Entwicklung in der Nationalökonomie (seit dem späten 19. Jahrhundert) zu einem »mathematisierten Modelldenken« hervor, »das von autonomen Entscheidungen autonomer Wirtschaftssubjekte ausging, in denen staatliche Eingriffe nur als lästige Störvariablen Eingang fanden«. Werner Hofmann hatte gerade darin einen Prozeß der »Pauperisierung des Geistes« erkannt: »So ist die Nationalökonomie, nachdem sie sich mit der Heraufkunft der Grenznutzenschule aller tieferen analytischen Frage nach Grundsachverhalten der modernen Gesellschaft entschlagen hatte und nur noch pragmatisch-katallaktische Lehre von den empirischen Erscheinungen sein wollte, schließlich dieser Erscheinungswelt selbst verlustig gegangen. Sie ist heute weder Theorie noch Empirie. Ihre formalen Modelle, in welche grundlegende begriffliche Irrtümer und ideologische Deformationen schon eingegangen sind, schweben als Ausgeburten kreativer Eigenmacht jenseits der Wirklichkeit«. W. Hofmann, Das Elend der Nationalökonomie, in: ders., Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie, Frankfurt/Main 1968, S. 117ff., hier S. 136.

[40] Vgl. H. Arendt, Über die Revolution, München 1963; nach wie vor lesenswert J. Habermas, Die Geschichte von den zwei Revolutionen (1966), in ders., Philosophisch-politische Profile, Fankfurt/Main 1981, S. 223ff.

[41] Vgl. dazu u.a. S. Kebir, Gramsci's Zivilgesellschaft, Hamburg 1991.

[42] U. Rödel, G. Frankberg, H. Dubiel, Die demokratische Frage. Ein Essay, Frankfurt/Main 1989.

[43] Vgl. dazu U. Rödel (Hrsg.), Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt/Main 1990.

[44] Vgl. dazu u.a. H. Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986, S. 729; dies., Vita Activa, München 1981, S. 312ff.

[45] »Partei ergreifen für das Individuum: darum geht es. Eine allen zukommende Würde kann es nur geben, wenn die Chancen des zivilen Zusammenlebens für alle gleich sind. Für alle und das sofort, denn der eigene und freie Entwurf seines Lebens ist einem in der prekären und unwiederholbaren Existenz nur einmal gegeben. Dies wäre ein Engagement, das weit mehr erfordert als jede revolutionäre Perspektive«. P. Flores d'Arcais, Philosophie und Engagement, in: Frankfurter Rundschau vom 16. Mai 1995, S. 12; vgl. dazu ders., Libertärer Existentialismus. Zur Aktualität der Theorie von Hannah Arendt, Frankfurt/Main 1993.

[46] Michael Stürmer, konzeptiver Ideologie neokonservativer Politik in Deutschland, hat die Problematik des Zusammenhangs neuer außenpolitischer Herausforderungen und innenpolitischer – d.h. sozialpolitischer – Blockaden vor der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung Ende 1993 wie folgt charakterisiert (vgl. A. Baring/R. Scholz, Hrsg., Eine neue deutsche Interessenlage? Veröffentlichungen der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung, Band 41, Köln 1994, S. 210): »Innenpolitisch geht es, wie allgemein bekannt, bei uns um Lohnstückkosten, Soziallasten, Innovationsfähigkeit, Wiedergewinnung der inneren Handlungsfähigkeit. Außenpolitisch geht es um die große Frage, wie wir unsere Rolle in Europa als atlantischer Partner, als Hauptinteressent in Osteuropa wie auch als ›global player‹ wahrnehmen wollen«. Danach kommt er zu der These, daß der nationale Sozialstaat das Haupthindernis für die Anerkennung des neuen Primats der Außenpolitik darstellt: »Die Sozialstaaten sind ausgesprochen national verfaßte Sozialstaaten ... Die Sozialpolitik ist national organisiert ... Dieses Nationale im Sozialen kann den Europäern so zum Schicksal werden wie die große Depression der 30er Jahre«.

[47] A. Giddens, The Consequences of Modernity, Stanford 1990; sowie neuerdings ders., Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics, Cambridge 1994.

[48] U. Beck, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/Main 1993, S. 17.

[49] Dagegen G. Therborn, European Modernity and Beyond. The Trajectory of European Societies 1945-2000, London 1995, S. 89ff. »Another syndrome of European cultural modernity may be summarized as characterized by a blend of class articulation of political values, public collectivism and family individualism« (ebd., S. 282).

nisierungstheoretische Diskurs wäre also – hier kommen wir auf die These von der Dominanz des kapitalistischen Weltsystems für die Entwicklungsdynamik dieses 20. Jahrhunderts zurück – zu ergänzen um eine Analyse der Entwicklungstendenzen und Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems, der großen sozialen Veränderungen, die in diesem Jahrhundert stattgefunden haben und die den Übergang zum nächsten Jahrhundert strukturieren.

Die Herausforderung: eine neue Qualität politischer Regulation

Politik bezeichnet – seit ihren Ursprüngen – den öffentlichen Raum (im Unterschied zur Privatsphäre), in dem unterschiedliche individuelle und gesellschaftliche Interessen ausgetragen werden – diskursiv bzw. im Extremfall mit Gewalt. Politische Institutionen und Normsysteme (Gesetze) dienen in erster Linie dazu, verbindliche Regeln, Wertesysteme und Steuerungsleistungen für die Gesellschaft autoritativ festzulegen. Aber, diese Regeln sind angesichts der ungleichen Verteilung der Macht, der Autorität und des Reichtums in der Gesellschaft zugleich Formen der *Herrschaftssicherung*. Insofern sind sie – angesichts des Konfliktes bzw. der Kollision unterschiedlicher bzw. gegensätzlicher Interessen und der mit ihnen verbundenen Herrschaftsprojekte – stets umkämpft. Indem sich – mit der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems – der Nationalstaat als die Form des politischen Systems konstituiert, in der diese Steuerungsleistungen erbracht werden, tritt einerseits der Machtkampf zwischen diesen Nationalstaaten ins Zentrum der internationalen Politik.[50] Andererseits wird – seit der Aufklärung und der Französischen Revolution von 1789 – der Nationalstaat zur Arena des Kampfes um Bürgerrechte, soziale Teilhaberechte sowie um Sozialreformen.

Zudem kommt dem politischen System – im 20. Jahrhundert und vor allem nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise nach 1929 – die Aufgabe zu, jene beiden *Instabilitätstendenzen* zu »entschärfen«, die John M. Keynes der rein ökonomischen (markt-gesteuerten) Entwicklungsdynamik des kapitalistischen Wirtschaftssystems zugeschrieben hatte: die Polarisierung der Einkommensverhältnisse (und die damit verbundenen ungleichen Machtstrukturen in Politik, Gesellschaft und Kultur) sowie dessen Krisentendenz, die periodische ökonomische Depressionen und Massenarbeitslosigkeit erzeugt (und damit Formen des sozialen und politischen Konfliktes, die nicht allein die Legitimität der herrschenden Ordnung, sondern auch deren Eigentumsverhältnisse in Frage stellen).[51]

Politische Regulation der ökonomischen Sphäre (Eigentum, Profit, Wachstum, Einkommensverteilung, Wettbewerbsregeln usw.) bedeutet stets ein gewisses Maß der Kontrolle, die von der Gesellschaft ausgeht, und diese ist stets auch Resultat von Kämpfen zwischen den bestimmenden und mächtigsten gesellschaftlichen Interessengruppen oder Klassen bzw. der »Blockbildung« von verschiedenen Klassenfraktionen. Das Instrument dieser »Vergesellschaftung«, das sich seit dem späten 19. Jahrhundert und dann voll im 20. Jahrhundert herausgebildet hat, ist die staatliche Intervention.[52] Damit ist noch keine Aussage über die Qualität dieser Intervention verbunden; denn sie kann die Form einer autoritären Diktatur, einer Dominanz des »militärisch-industriellen Komplexes« (warfare capitalism) oder der direkten staatlichen Stützung industrieller Branchen bzw. der Banken annehmen. Sie kann aber auch – im Ergebnis einer Verschiebung der Kräftekonstellation der Klassen zugunsten der »Subalternen« (Gramsci) – auf die Modifikation sozialer Ungleichheit sowie auf die Minimierung sozialer Risiken gerichtet sein (wohlfahrtsstaatliche Sicherungen, Ausbau der Infrastruktur, Demokratisierung der Kultur usw.). Jede Formation in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise ist daher »eingebettet« in Systeme der politisch-staatlichen Regulation: von der einfachen Form der Sicherung des Privateigentums durch das Recht bis zu komplexeren Formen der Regulation, die sich – unterschiedlich nach Ländern und Regionen – in der »Golden-Age«-Ära ausgebildet haben.

Politische Regulation der ökonomischen Sphäre bedeutet stets ein gewisses Maß der Kontrolle, die von der Gesellschaft ausgeht, und diese ist stets auch Resultat von Kämpfen zwischen gesellschaftlichen Interessengruppen oder Klassen bzw. der »Blockbildung« von verschiedenen Klassenfraktionen.

Inwieweit, in welchem Umfang und mit welcher Zielsetzung Politik am Ende des 20. Jahrhunderts Steuerungsleistungen erbringen kann oder soll, diese Fragen sind (wie wir schon im Zusammenhang mit der system- und modernisierungstheoretischen Debatte über die »Entzauberung des Staates« gesehen haben) außerordentlich umstritten, und zwar nicht allein aufgrund der unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Perspektiven auf den Gegenstand und der damit verbundenen normativen Optionen, sondern auch und vor allem aufgrund jener tiefgreifenden Strukturveränderung in der Beziehung zwi-

schen sozialökonomischen Transformationsprozessen, binnengesellschaftlichen Differenzierungsprozessen auf der einen und den Problemlösungskapazitäten der Politik – vor allem der nationalstaatlichen Politik – auf der anderen Seite. Die Grenzenlosigkeit der ökonomischen, kulturellen und kommunikativen Globalisierungsprozesse markiert zugleich die Grenzen der Wirksamkeit der traditionellen politischen Institutionen. Kurz gesagt: Adam Smith »draußen« und John Maynard Keynes »zu Hause« – jene für die Golden-Age-Periode charakteristische Kombination von Freihandel und nationalem Wohlfahrtsstaat – hat (so das herrschende Bewußtsein) ausgedient, obwohl allenthalben die Notwendigkeit *politischer* Lösungen für die Reorganisation zerfallender Strukturen und Institutionen anerkannt wird. Zugleich ist mit dem Ende der Systemkonkurrenz der externe Druck entfallen, der sowohl die Hegemonialstrukturen in der kapitalistischen Welt (»Pax Americana«) als auch den wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiß zusätzlich befestigt hatte.

In der »One-World« des Kapitals, der des globalen Finanzkapitals, wirkt – worauf zuerst Ziebura aufmerksam gemacht hat[53] – die *Dialektik von Vereinheitlichung und Fragmentierung*. Auf der einen Seite bedeutet die Globalisierung der Weltwirtschaft die transnationale Angleichung von sozialökonomischen Strukturen, Lebensstilen, Konsumnormen und Kommunikationsformen.[54] Auf der anderen Seite verstärkt sich der Trend zur sozialen Desintegration und Heterogenisierung, zu ethno-nationalistischen Konflikten, zur kulturellen Abgrenzung.[55] Diese Fragmentierung erzeugt jedoch zugleich neuen Regulationsbedarf – und insofern wird zu Recht davon gesprochen, daß damit die »Rückkehr des Politischen« einhergeht.[56]

Mit dem Zerfall bzw. der Erosion alter »Befestigungen« werden jedoch zugleich Voraussetzungen für neue Konfliktpotentiale geschaffen, die – ohne daß ihre Gestaltung und Intensität im einzelnen zu prognostizieren wären – den Übergang in das neue Jahrhundert bestimmen werden. Aus der ungleichen Verteilung von Reichtum, Wissen, Ressourcen und schließlich auch von Macht (die Regeln zu bestimmen, nach denen die globalen Spiele, bei denen es Gewinner und Verlierer gibt, gespielt werden müssen) werden Konflikte und Kämpfe hervorgehen. Diese werden allerdings kaum dem Muster jener Verteilungskonflikte folgen, die in den Metropolen des Kapitals – nach den Erfahrungen von Kriegen, Krisen und Revolutionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – durch den nationalen, keynesianischen Wohlfahrtsstaat »gebändigt« und institutionell zivilisiert wurden.

Verteilungskämpfe werden einerseits durch das widersprüchliche Ineinandergreifen der globalen, regionalen und nationalen, schließlich auch der lokalen Vergesellschaftungs- und Politikebenen schärfer und diffuser zugleich. Die globalen Migrationsbewegungen aus den Armutszonen der »Weltgesellschaft« in die »Reichtumszentren« gehören ebenso in diesen Zusammenhang wie die Polarisierung von Reichtum und Armut, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte als Voraussetzung für gravierende Funktionsdefizite der öffentlichen Dienstleistungen und Wohlfahrtsinstitutionen wie die Artikulation dieser globalen Prozesse inmitten der »global cities«[57] als den neuen Herrschaftszentren des Casino-Kapitalismus. Diese Verteilungskämpfe werden sich allerdings keineswegs ausschließlich auf die Einkommen konzentrieren. Schon heute zeichnen sich – in und zwischen den Staaten und Regionen – Konflikte um die Verteilung von Ressourcen (Rohstoffe, Energie, Wasser, saubere Luft usw.) ab, die ihrerseits die Tendenz zur Eskalation militärischer Konflikte verstärken könnten.

Soweit vor diesem Hintergrund Anforderungen an die Steuerungs- oder gar Problemlösungskapazität der Politik ins Auge gefaßt werden, spielt das Katastrophenszenario von Krisen und Kriegen, die sich um solche Verteilungsprobleme zentrieren, nicht einmal eine entscheidende Rol-

---

[50] Vgl. u.a. ders., Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt/Main 1989.

[51] »The outstanding faults of the economic society in which we live are its failure to provide for full employment and its arbitrary and inequitable distribution of wealth and incomes«, J. M. Keynes, General Theory of Employment, Interest and Money (1936), London 1965, S. 372.

[52] »Daß der Markt das soziale Gefüge eben nicht optimal steuert, ist nun in der Ökonomie eigentlich eine Binsenwahrheit ... Nur staatliche Programme – also etwa Altersversorgung, Arbeitslosengeld, öffentliche Gesundheitsversorgung, Antitrust-Gesetzgebung, sozialer Wohnungsbau, Umwelt- und Verbraucherschutz, progressive Gestaltung der Einkommensbesteuerung und die Unterstützung seitens der Gewerkschaften – haben dazu beigetragen, daß der Kapitalismus überleben konnte«, J. K. Galbraith, Die Herrschaft der Bankrotteure, Hamburg 1992, S. 66. R. Heilbroner, Kapitalismus im 21. Jahrhundert, München 1994, S. 129, fragt zum Thema der »Politisierung des Kapitalismus«: »Welche Lösungsformen können für die Probleme, die im privaten Sektor entstehen, gefunden und welche Gegenmaßnahmen getroffen werden? Unsere Diagnose läßt nur eine Antwort zu: Es müssen Lösungen und Gegenmaßnahmen sein, die aus dem öffentlichen Sektor kommen. Daraus folgt, daß die Aussichten für die diversen Erscheinungsformen des Kapitalismus im 21. Jahrhundert – und hier betone ich ausdrücklich den Plural – in erster Linie davon abhängen werden, mit welchem Erfolg die staatlichen Kräfte zusammengezogen und dazu gebracht werden können, sich mit den Kräften der Wirtschaft auseinanderzusetzen«.

[53] Vgl. G. Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931, Frankfurt/Main 1984; M. Bonder, M. Röttger, G. Ziebura, Deutschland in einer neuen Weltära, a.a.O.

[54] Insofern erfüllt sich erst jetzt die »revolutionäre Rolle«, die Karl Marx und Friedrich Engels im »Manifest der Kommunistischen Partei« (1847/48) der industriellen Bourgeoisie zugeschrieben haben. Dort heißt es u.a.: »Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen ... An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander«. MEW, 4, S. 466.

[55] Vgl. dazu U. Menzel, Die neue Unübersichtlichkeit, in der die Welt als Tollhaus erscheint, in: Frankfurter Rundschau vom 24. Juli 1995, S. 12.

[56] Vgl. A. Touraine, Il Retorne de lo Politico, in: El Pais (Madrid) vom 31. Juli 1995, S. 9; U. Beck, Die Erfindung des Politischen a.a.O.

[57] Vgl. u.a. C. Wex, Die Euro-City und die Regulierung der Krise, in: H. J. Bieling/F. Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, FEG-Studie, Nr. 4, Marburg 1994, S. 81ff.

le. Vielmehr geht es dabei um die Frage nach den Institutionen bzw. nach den politischen Regimen, die durchgesetzt und aufgebaut werden müssen, um die katastrophische Potentialität solcher Konflikte einzudämmen. Mit anderen Worten, wenn die Strukturen des »embedded liberalism« der Nachkriegszeit zerbrechen und sich die deregulierte Dynamik der globalen Kapitalakkumualtion, der Weltmarktkonkurrenz und der relativen Verselbständigung des finanzkapitalistischen Sektors aus traditionellen Formen, Regeln und Institutionen der »Einbettung« herausgerissen haben (»dis-embedded«), dann wird die Schaffung von Institutionen und Regimen, die ein *»Re-embedding«* ermöglichen, zur zentralen Aufgabe der Politik am Ende des 20. Jahrhunderts.

Das gilt natürlich auch und besonders für die Schaffung von Sicherheitsregimen, die nach dem Ende des »Kalten Krieges« vor allem in Südosteuropa, auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und im Nahen Osten reorganisiert werden müssen. Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und in Randgebieten der ehemaligen Sowjetunion erinnern zunächst einmal an das Ende des Ersten Weltkrieges. Nach dem Zusammenbruch der Vielvölker-Reiche im Süden und im Südosten Europas (die Habsburger Monarchie und das Osmanische Reich) und der Gründung neuer Staaten war eine Zone der politischen Instabilität und der politisch-militärischen Konflikte entstanden, in der zugleich die europäischen Großmächte ihre hegemonialen Ambitionen austrugen. Bislang haben – vor allem auf dem Balkan – die traditionellen Organisationen, die Sicherheit im Sinne der Prävention oder auch der Beendigung militärischer Konflikte gewährleisten sollen, weitgehend versagt. Die vielfach beklagte Ohnmacht der UNO und der NATO, aber auch die angeblichen »Demütigungen« der Europäischen Union (EU) – von der KSZE wird ohnehin nicht mehr gesprochen – deuten zunächst einmal darauf hin, daß die Kohärenz der außenpolitischen Interessen der führenden westlichen Staaten in Europa, Nordamerika und Ostasien, die durch den Druck der Systemauseinandersetzung »gekittet« war, offenbar nicht mehr besteht. Weder gibt es einen Konsens über gemeinsame friedenspolitische Maßnahmen, noch – was viel wichtiger wäre – gibt es ein gemeinsames Programm für die Bewältigung der sozialökonomischen Transformationskrisen in Ost- und Südosteuropa, die ihrerseits die Hauptursache sowohl für die Destabilisierung demokratischer Institutionen als auch für die Zuspitzung zwischenstaatlicher Konflikte bilden.

Die mit dem sozialökonomischen Wandel einhergehende gesellschaftliche Polarisierung und Risikovermehrung betrifft nicht allein die sozialen Spaltungen, sondern auch und vor allem die Ökologieproblematik, die systematische Zerstörung der natürlich Lebensbedingungen der Menschheit.

»Gewinner« und »Verlierer«

Die politischen Auseinandersetzungen am Ende des 20. Jahrhunderts – Auseinandersetzungen um die Verteilung von Macht und Ressourcen – werden sich um die Reihe von Themen gruppieren, in denen sich zugleich die Strukturveränderungen der Epoche und ihre Widersprüche kristallisieren.

Zentrales Thema werden die Defizite der bestehenden politischen Institutionen und Regime – sowie der handlungsleitenden Ideologien und Werteorientierungen – im Hinblick auf die Bearbeitung der der kapitalistischen Globalisierung eingeschriebenen Fragmentierungstendenzen sein. Die mit dem sozialökonomischen Wandel einhergehende Polarisierung und Risikovermehrung betrifft nicht allein die sozialen Spaltungen, sondern auch und vor allem die Ökologieproblematik, die systematische Zerstörung der natürlich Lebensbedingungen der Menschheit. Weder die neorealistische Schule der internationalen Politik, noch die Neoliberalen haben auf diese Herausforderungen ein adäquate Antwort. Das Vertrauen auf die problemlösenden Kräfte des Marktes wie auf die Selbstregulierungskräfte einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft wird solche Spaltungen und Risiken nur verstärken. Es artikuliert letztlich das Interesse der Reichen und Wohlhabenenden an der Bewahrung und Verbesserung ihrer privilegierten Lebensbedingungen – jener »Kultur der Zufriedenheit« und des Eigennutzes, die John Kenneth Galbraith am Beispiel der USA als ein Regime der »Bankrotteure« kritisiert hat.[58] Bei den Neorealisten hingegen verengt sich der Blick auf die Machtspiele der Staaten auf der Bühne der internationalen Politik. Soweit sie diesen Blick regimetheoretisch erweitern, hindert sie die institutionalistische Fixierung an der Erkenntnis, daß die Bearbeitung dieser Widersprüche – wie z.B. vom Club of Rome schon lange gefordert[59] – tiefgreifende Veränderungen in der Produktionsweise (vor allem ihrer energetischen Basis), in der Lebensweise, in den Konsumerwartungen, in den internationalen Austauschverhältnissen usw. erfordern, die gerade regulierend in die Marktfreiheiten eingreifen und zu-

gleich die Regeln der traditionellen ökonomischen und militärischen Machtspiele in der internationalen Politik überschreiten.[60]

Im Schlußkapitel seines Buches »In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert« faßt Paul Kennedy die großen Herausforderungen, vor denen das internationale politische System am Ende des Jahrhunderts steht, zusammen. Dabei deutet er die Spaltungen und Spannungen von Realitätswahrnehmungen an, die möglicherweise an Intensität noch diejenigen Spannungen übersteigen, die Eric Hobsbawm für die Zeit vor 1914 registriert hatte: »Existiert angesichts der Geschwindigkeit und Komplexität dieses Wandels überhaupt irgendeine soziale Gruppe, die wirklich auf das 21. Jahrhundert ›vorbereitet‹ ist? Natürlich gibt es Konzerne (von der Pharmazie- bis zur Luft- und Raumfahrt) und Individuen (insbesondere Akademiker in hochwertigen Dienstleistungsbereichen), die von den gegenwärtigen sozio-ökonomischen Entwicklungen profitieren und die in der Lage sind, sich für die Zukunft so zu positionieren, daß ihnen weitere Vorteile zuwachsen. Ihre Aussichten sind die Grundlage vieler optimistischer Arbeiten zum Beispiel von Kenichi Ohmae, George Gilder, Ben Wattenberg und anderen, die der Menschheit eine ständig wachsende Prosperität voraussagen. Auf der anderen Seite gibt es Milliarden von verelendeten, unausgebildeten Menschen in den Entwicklungsländern und Millionen von ungelernten Arbeitern in der entwickelten Welt, deren Aussichten schlecht sind und sich in vielen Fällen eher noch verschlechtern werden. Ihrer Lage gelten die pessimistischen Schriften über die demographische Explosion und die Umweltkatastrophen der Ehrlichs, des Worldwatch Institute und anderer, und sie hat auch Studien über zukünftige Berufstrends und ihre gesellschaftlichen Implikationen ausgelöst, wie zum Beispiel die Arbeiten von Reich. Auf den ersten Blick mag es scheinen, als ob nur eine Denkrichtung in ihren Voraussetzungen korrekt sein könnte, aber es ist durchaus möglich, daß beide lediglich verschiedene Aspekte eines einzigen Phänomens untersucht haben, daß also die Optimisten sich mit den ›Gewinnern‹ der Welt befassen, während die Pessimisten sich um das Schicksal der ›Verlierer‹ sorgen. Aber wenn beide recht haben, wird die Kluft zwischen arm und reich sich stetig erweitern, während wir uns auf das 21. Jahrhundert zubewegen. Und das muß nicht nur zu sozialen Unruhen innerhalb der entwickelten Länder führen, sondern auch zu wachsenden Nord-Süd-Spannungen, zu Massenmigration und zu Umweltschäden, denen auch die ›Gewinner‹ nicht entkommen werden«.[61]

Vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum neoliberalen Wettbewerbsstaat

Offen ist nach wie vor die Antwort auf die Frage, welche Souveränitätsrechte und Funktionen dem Nationalstaat – Produkt des 18. und 19. Jahrhunderts – angesichts der Globalisierung im Übergang zum 21. Jahrhundert verbleiben.[62] Ich halte die These vom »Ende des Nationalstaates« im transnationalisierten Kapitalismus für falsch und ideologisch.[63] Neoliberale bezeichnen damit das Ende des nationalen, keynesianischen Wohlfahrtsstaates[64] und plädieren doch in politischen Koalitionen mit den harten Konservativen für die Stärkung des nationalen Ordnungs- und Machtstaates. Linksliberale Positionen – traditionell anti-etatistisch eingestellt – wollen dieser Auffassung eine progressive Wendung geben, indem sie die Schwächung des Nationalstaates (der damit verbundenen Machtpolitik und damit der Basis für sozialdarwinistisch-nationalistische Ideologien) als einen Fortschritt begrüßen und zugleich für den Aufbau transnationaler demokratischer Regime und zivilgesellschaftlicher Institutionen plädieren.[65] Die Schwäche solcher Optionen besteht darin, daß das politische System der Europäischen Union, das dabei in der Regel als konkretes Beispiel angeführt wird,[66] gerade nicht in die Richtung einer progressiven Demokratisierung sich entwickelt, sondern eher einen neuen Typus des technokratischen »policy-making« generiert.[67]

Andere Autoren schließen sich der These vom Souveränitätsverlust des Nationalstaates – nach außen und nach innen – an. Vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Fiskalpolitik habe sich ein grundlegender Wandel vollzo-

[58] J.K. Galbraith, Die Herrschaft der Bankrotteure, Hamburg 1992.

[59] Vgl. Club of Rome, Die globale Revolution, Hamburg 1991 (Spiegel-Spezial); D.H. Meadows u.a., Die neuen Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1992.

[60] Vgl. D. Düe/K.H. Tjaden, Kapitalismuskritik unter Beachtung der materiell-praktischen Reproduktion, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 6. Jg., Nr. 21, März 1995, S. 156ff.

[61] P. Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1993, S. 422/423.

[62] »Die politische Handlungsfähigkeit der alten Nationalstaaten, auch der neueren Staatenvereinigungen und der auf Dauer gestellten internationalen Konferenzen steht ja in keinem Verhältnis zur Selbststeuerung der global vernetzten Märkte«. J. Habermas, Die Normalität einer Berliner Republik, Frankfurt/Main 1995, S. 146.

[63] So auch L. Panitch, Globalisation and the State, in: R. Miliband and L. Panitch (Eds.), Between Globalism and Nationalism, Socialist Register 1994, London 1994, S. 60ff.

[64] Vgl. dazu B. Jessop, Die Zukunft des Nationalstaates: Erosion oder Reorganisation? a.a.O.

[65] Vgl. u.a. D. Held, Democracy: From City-States to a Cosmopolitan Order?, in: Political Studies, Special Issue 1992, S. 32ff.

[66] Vgl. J. Habermas, Die Normalität ..., a.a.O., S. 163/4.

[67] Vgl. dazu u.a. F. Deppe/M. Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft, FEG-Arbeitspapier, Nr. 10, Marburg 1993; I. Tömmel, Die europäische Integration: ökonomische Regulierung und Politikgestaltung zwischen Markt und Staat, in: B. Jessop u.a., Europäische Integration und politische Regulierung, a.a.O., S. 49ff.

gen; denn der Nationalstaat – genauer: die nationale Regierung und die Zentralbank – sei nicht länger in der Lage, über die Kontrolle des Zinsniveaus und der Geldmenge antizyklisch zu intervenieren und damit die relative Stabilität der Nationalökonomie (und der Beschäftigung) zu gewährleisten. Daraus folgt – in Verbindung mit dem Wettbewerbsdruck, der vom Weltmarkt auf die Kostenstruktur sowie die Innovationsfähigkeit der Unternehmen ausgeht – eine chronische Aushöhlung der Funktionsfähigkeit sozialstaatlicher Arrangements und Apparate. Allerdings konzedieren diese Autoren, daß damit der Nationalstaat weder überflüssig noch funktionslos geworden sei.[68] Nach wie vor falle ihm die Aufgabe zu, kollektive Güter zur Verfügung zu stellen, die für die Zukunftsfähigkeit moderner Gesellschaften unabdingbar sind. Zu den »klassischen Leistungen« der Politik – »Etablierung einer machtbasierten Infrastruktur für die Kollektivgüter der inneren und äußeren Sicherheit und der Schaffung einer geldbasierten Infrastruktur für die Kollektivgüter der ökonomischen und sozialen Sicherheit« – tritt am Ausgang dieses Jahrhunderts die Aufgabe der Etablierung einer »wissensbasierten Infrastruktur..., um die neuen Kollektivgüter der technologischen und ökologischen Sicherheit zu gewährleisten«.[69] Das ist in der Tat ein sehr weitreichendes Programm für Leistungen der Politik, das von dem Gedanken einer »Aufhebung des Nationalstaates« weit entfernt ist.

Die zentralen politischen Veränderungen der nächsten Jahre vollziehen sich gerade nicht entlang der Achse Selbstbehauptung oder Erosion des Nationalstaates. Entscheidend an diesem Punkt ist vielmehr die Transformation der Funktionen nationalstaatlicher Regulierung zum »Wettbewerbsstaat«.

Diese These übersieht zudem, daß es große und kleine, mächtige und weniger mächtige Staaten gibt und daß die – nicht allein militärischen, sondern vor allem auch die ökonomischen und monetären – Machtspiele in der internationalen Politik selbstverständlich durch solche Unterschiede (und durch das darin eingeschriebene Machtgefälle) bestimmt sind. Zweifellos sind die klassischen zwischenimperialistischen Hegemoniekämpfe, die nach 1945 durch die Systemkonkurrenz und die US-Hegemonie neutralisiert waren, auch durch die transnationale Kapitalverflechtung historisch überholt. Dennoch spielt das Machtgefälle zwischen den Staaten auch in der EU bei der Auseinandersetzung um die Festlegung von Regeln für transnationale Regime (z.B. das EWS) nach wie vor eine erhebliche Rolle. Die EU-Verträge von Maastricht (1991/92) sind dafür ebenso ein Beispiel wie die Veto-Macht bzw. die Opting-Out-Option, die die konservative britische Regierung in bezug auf weitere Schritte der sozialen und politischen Integration ausübt.

Die zentralen politischen Veränderungen vollziehen sich gerade nicht entlang der Achse Selbstbehauptung oder Erosion des Nationalstaates. Entscheidend ist vielmehr die Transformation der Funktionen nationalstaatlicher Regulierung zum *»Wettbewerbsstaat«*.[70] Dieser paßt sich auf der einen Seite an die Anforderungen der Weltmarktkonkurrenz an (z.B. durch Deregulierungsmaßnahmen bzw. durch Privatisierung – vor allem im Bereich der Telekommunikation und des Verkehrs). Auf der anderen Seite bleibt er unverzichtbar, um die »nationale Ökonomie« – aber vor allem die auf den Weltmarkt orientierten Unternehmen – *und* die Gesellschaft »fit« zu machen für diese Konkurrenz. Die verschiedenen nationalen »Standortdebatten«, die seit der Weltwirtschaftskrise 1992/93 – mit deutlich nationalistischen Tendenzen – die *innen*politischen Diskurse über Kosten, Tarifpolitik, Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, Veränderung der Arbeitsbeziehungen etc. bestimmen, unterstreichen gerade die Bedeutung des Nationalstaates als Instrument der Anpassung (im Interesse der transnationalen Konzerne und des Finanzkapitals) *und* als Kampfplatz für die konkrete Umsetzung und Ausgestaltung der Wettbewerbsfähigkeit, d.h. für die konkrete Gestalt der jeweiligen Kohärenz von Kapitalrentabilität auf der einen sowie Infrastruktur und sozialpolitischen Regulationsformen auf der anderen Seite. Darin sind stets auch Elemente jenes Gegenmachtsystems enthalten, das die organisierte Arbeiterklasse über Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen auszuüben vermag. Einstweilen ist der Nationalstaat nicht allein Arena der »Sozialkontrakte«, sondern auch »Garant der Bürgerrechte« – diesen Gedanken hat Ralf Dahrendorf zu Recht gegen die »Gefahr des Rückfalls in die Intoleranz der homogenen Nation oder die wolkigen Unsicherheiten des vorinstitionellen Zusammenlebens« hervorgehoben.[71]

Für die politischen Auseinandersetzungen sind dabei vor allem zwei Aspekte relevant. *Erstens* gibt es kein zwingendes, monolithisches Muster für den Verlauf und die konkreten Resultate dieser Transformation der Staatsfunktionen. Der Umbau zum »Wettbewerbsstaat« vollzieht sich in der Regel innerhalb der bestehenden Institutionen. Diese variieren wiederum signifikant – auch zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.[72] Sie sind Ergebnis je spezifischer nationaler Traditionen (vor

allem im Rechtssystem, aber auch in den Organisationsformen der Verbände usw.), der ökonomischen Leistungsfähigkeit und der – im Ergebnis von sozialen Kämpfen und Koalitionsbildungen rechtlich und institutionell fixierten – Kräftekonstellationen der Klassen. Der Umbau folgt daher meist nicht einer Logik des radikalen Bruchs (selbst der »Thatcherismus« erscheint rückwirkend als eine eher vorsichtige bzw. strategisch klug kalkulierte Politik des schrittweisen Umbaus, der das »Tabu« des aus Steuermitteln finanzierten nationalen Gesundheitsdienstes noch nicht angegriffen hat[73]). Die bestehenden Verhandlungssysteme sollen vielmehr genutzt werden, um die Anpassung an das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Das erfordert Kompromißbereitschaft auf Seiten der relevanten ökonomischen und politischen Aktuere, die ihrerseits Gestaltungsspielräume für Gewerkschaften, betriebliche Interessenvertretungen, Sozialverbände und Bürgerinitiativen eröffnet.

Allerdings darf dabei die grundsätzliche Machtasymmetrie, die mit der Schwächung der Arbeiterbewegung und der politischen Linken seit dem Ende der 70er Jahre sich noch verstärkt hat, nicht übersehen werden. In dem Maße, wie z.B. die Gewerkschaften schwächer werden und ihrerseits Kompromißbereitschaft (z.B. im Hinblick auf die »Standortsicherung«) signalisieren, nehmen Unternehmerverbände und konservative politische Kräfte Kompromißlinien zurück und verschärfen eine konfrontative gesellschafts- und tarifpolitische Strategie, die letztlich eine Kapitulation der Gewerkschaften erzwingen soll. Die Grenze zwischen der »Ermattungs-« und der »Niederwerfungsstrategie« (diese Begriffe spielten in der zweiten Phase der »Massenstreikdebatte« in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 eine Rolle) ist also äußerst schmal geworden. Dennoch lassen unsere Überlegungen den Schluß zu, daß im Zuge der Globalisierung das nationalstaatliche Terrain keineswegs aufgehoben ist – und daß innerhalb dieser Auseinandersetzungen Gestaltungsoptionen bestehen, die der – sei's ideologisch offensiven, sei's ohnmächtig defensiven – These von der Allmacht des »Sachzwang Weltmarkt« entgegenstehen.

Zweitens vollziehen sich Kompetenzverschiebungen innerhalb des Mehrebenensystems der Politik, die vor allem im Bereich der politischen Steuerung von Marktprozessen zu Lasten der Kompetenz des Nationalstaates gehen. Speziell mit der Ausweitung der Kompetenzen der Europäischen Union ist diese Problematik erkannt worden. Obwohl das politisch-wissenschaftliche Urteil über den Charakter des EU-Systems nach wie vor unsicher ist,[74] ist doch weithin anerkannt, daß sich einst beim Nationalstaat zentralisierte Kompetenzen und Steuerungsleistungen sowohl »nach oben« – auf die europäische Ebene, im militärisch-politischen Bereich auf die atlantische Ebene (NATO) –, als auch »nach unten« (auf die regionale und lokale Ebene des policy-making) verlagert haben. Daraus folgt keineswegs, daß dem Nationalstaat nur noch symbolische Bedeutung zukommt. Die horizontale Diffusion politischer Verhandlungs- und Entscheidungssysteme impliziert für die politischen Akteure freilich eine Erweiterung ihres Handlungsfeldes und erfordert daher oftmals schwierige Lernprozesse. Die Gewerkschaften z.B. sind gefordert, ihre transnationalen Aktivitäten und Vernetzungen – sowohl auf der Ebene der transnationalen, vor allem der europäischen Konzerne,[75] als auch auf der Ebene der EU-Institutionen – zu verstärken und sich dabei vom Ballast ihrer historisch verfestigten nationalen Traditionen (die vor allem in Zeiten der Krise vom transnational operierenden Kapital gegen sie ausgespielt werden) zu befreien. Andererseits konzentrieren sich in den großstädtischen Ballungsräumen der metropolitanen Zentren die sozialen und ökologischen Widersprüche der Globalisierung und stellen ganz neue Anforderungen an die »lokale Politik«.[76] Auch in diesem Bereich variieren die Gestaltungsoptionen erheblich und eröffnen politische Interventionsmöglichkeiten, die ihrerseits mit den jeweiligen Klasseninteressen bzw. mit der »Blockbildung« von Klassenfraktionsinteressen korrespondieren und daher den konfliktorischen bzw. antagonistischen Grundcharakter der Auseinandersetzung zwischen diesen Interessen und ihren politischen Artikulationsformen keineswegs suspendieren. Die Auseinandersetzungen um die sozialökonomische Entwicklung der »neuen Bundesländer« im Osten Deutschlands illustrieren diese Verschränkung der verschiedenen Politikebenen auf besonders eindrucksvolle Weise.

---

[68] Vgl. für diese Position z.B. F. W. Scharpf, Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des 20. Jahrhunderts, in: PVS, 1991, S. 621ff.

[69] H. Willke, Ironie des Staates, a.a.O., S. 8.

[70] Vgl. dazu u.a. E. Altvater, Operationsfeld Weltmarkt oder: Vom souveränen Nationalstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, in: Prokla, Heft 97, Jg. 24, Nr. 4, S. 517ff.

[71] R. Dahrendorf, Die Sache mit der Nation, in: Merkur, 44. Jg., Heft 10/11, Oktober/November 1990, S. 823ff., hier S. 833.

[72] Vgl. dazu z.B. G. Esping-Anderson, The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton N.J. 1990; H. J. Bieling (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in der EU, FEG-Studie Nr. 7, Marburg 1995 (im Erscheinen).

[73] Vgl. R. Dahrendorf, Jedem Sozialstaat sein Tabu, in: Wochenpost vom 14. Juni 1995, S. 16/17.

[74] Vgl. F. Deppe/M. Felder, Zur Post-Maastricht-Krise..., a.a.O.

[75] Vgl. dazu u.a. T. Schulten, Auf dem Weg zu einem neuen transnationalen Unternehmenskorporatismus? in: B. Jessop u.a., Europäische Integration und politische Regulierung, a.a.O., S. 97ff.

[76] Vgl. dazu z.B. T. v. Freyberg, Bedingungen und Möglichkeiten einer sozialen Großstadtstrategie in Frankfurt am Main, in: P. Bartelheimer u.a. (Hrsg.), Vorarbeiten zu einer Frankfurter Armutsberichterstattung, Offenbach 1994, S. 5-18.

Vergesellschaftung der Politik

Die Risiken und Widersprüche, die von der kapitalistischen Globalisierung und der ihr entsprechenden Politik der »Wettbewerbsstaaten« verstärkt und z.T. neu erzeugt werden, werfen zugleich die Frage auf, welche Rolle bei der Bearbeitung dieser Probleme der Markt auf der einen und der Staat auf der anderen Seite spielen werden bzw. – normativ formuliert – sollen. Auch hier geht es nicht um naive Entweder-Oder-Positionen, sondern um je konkrete Vermittlungs- bzw. Mischformen.[77] Diese sind politisch heftig umkämpft. Der Siegeszug des marktradikalen Neoliberalismus schien sich seit den späten siebziger Jahren doppelt zu bestätigen. Zunächst waren es die offenkundigen Widersprüche des keynesianischen Interventionsstaates (Abflachung der Wachstumsraten und die Weltwirtschaftskrisen der siebziger Jahre, Inflation und Ansteigen der Arbeitslosigkeit), die der Propaganda des Neoliberalismus Kraft verliehen.[78] Sodann – bis zum Ende der achtziger Jahre – konnte die Krise und die schließliche Implosion des Staatssozialismus als Triumph von Adam Smith (und Friedrich von Hayek) über Karl Marx (und John Maynard Keynes, den »Kollektivisten im bürgerlichen Schafspelz«) gefeiert werden. Der relative Erfolg des europäischen Binnenmarktes, der gewaltige Privatisierungs- und Deregulierungsschub, der vom Informations- und Telekommunikationssektor sowie vom Verkehrssektor in die neunziger Jahre hineinreicht – all dies unterstreicht die These, daß die Grenzen der Entstaatlichung noch längst nicht erreicht sind. Im Übergang ins 21. Jahrhundert sollen zudem die sozialstaatlichen Apparate (Gesundheitswesen, Altersversorgung), die Institutionen des Bildungs- und Wissenschaftssystems sowie die Kernbereiche der staatlichen Verwaltung selbst (»schlanker Staat«) für die private Kapitalverwertung aufgebrochen und damit – so die herrschende »Wirtschaftstheologie« (Hobsbawm) – effizienter gestaltet werden.

Allerdings rufen die konkreten Resultate dieser Politik verstärkt Protest und Kritik auch an den Basisprämissen des Neoliberalismus hervor. Die monetaristische Radikalkur – meist mit Steuersenkungen für die Reichen verbunden – bekam die Inflation in den achtziger Jahren erfolgreich »in den Griff« – aber zu Lasten des Wachstums, der Beschäftigung und der Staatshaushalte. Die Polarisierung der Einkommen und Vermögen, die beständig ansteigende Massenarbeitslosigkeit und die Armut, der Verlust von qualifizierten und gut entlohnten Arbeitsplätzen in der Industrie, der im Dienstleistungssektor weder quantitativ noch qualitativ kompensiert wurde, die Ghettoisierung der Armutssektoren, verbunden mit steigender Kriminalität, ethnischen und rassistischen Konflikten – alle diese Trends haben nicht nur die »liberalen Utopien« der frühen achtziger Jahre desavouiert, sondern auch vor allem in Westeuropa die Angst vor einer *Amerikanisierung* der Gesellschaft verstärkt, die sich zunehmend fragmentiert. Der Politik kommt dabei wesentlich die Aufgabe zu, die privilegierten Lebensbedingungen der Reichen und einer relativ breiten Mittelklasse, die mehr und mehr private Dienstleistungen (für ihre Sicherheit, für Gesundheits- und Altersversorgung, für Bildung und Ausbildung) in Anspruch nehmen, gegen eine – überwiegend ethnisch definierte – »Underclass«[79] zu schützen. Die Grenzen zwischen den Klassen – notfalls mit Stachdrahtzäunen und Mauern gesichert – dürfen nicht überschritten werden. Die sozialen Konfliktpotentiale müssen in den Ghettos nach innen kleingearbeitet werden, damit sie nicht auf der allgemeinen gesellschaftlichen – d.h. der politischen – Ebene als Forderung nach einer Umverteilung des Reichtums, nach staatlicher Intervention und Reformpolitik, die dem Kampf gegen die Armut und für die Rekonstruktion der zerfallenden größstädtischen Infrastrukturen Priorität zuerkennt, thematisiert wird.

Es ist die Re-Regulation des Verhältnisses von Markt und Staat, die am Ende des 20. Jahrhunderts mehr und mehr zum Gegenstand der Politik und zum Thema in der strategischen und programmatischen Auseinandersetzung zwischen Progressiven und Konservativen, zwischen links und rechts wird.

»Alle europäischen Gesellschaften betrachten den Kampf gegen die Ausschließung und die Dualisierung als ihr hauptsächliches Ziel, und schon hört man nicht mehr auf diejenigen, welche von der Reduktion der Staatsintervention sprechen«.[80] Diese Beobachtung von Alain Touraine mag überzeichnet (und zu optimistisch) sein. Gleichwohl macht sie auf das Dilemma aufmerksam, in dem sich der Neoliberalismus befindet. Kein konservativer Politiker in Europa glaubt seit Anfang der neunziger Jahre, Wahlkämpfe gewinnen zu können, wenn er sich auf die Botschaft von den Segnungen der Marktfreiheiten (national und global) beschränken würde. Vielmehr wird erwartet, daß er als Anwalt einer Politik der Überwindung der sozialen Desintegration und Fragmentierung, d.h. als Anwalt eines neuen politischen Programms der gesellschaftlichen *Integration* operiert. Der Absturz der deutschen

FDP oder auch die katastrophalen Wahlergebnisse der britischen Konservativen bei den Regional- und Kommunalwahlen der letzten beiden Jahre reflektieren so auch das miserable Image, über das der harte »Marktradikalismus« – als die Wirtschafts- und Gesellschaftsphilosophie der »Besserverdienenden« und Eliten – derzeit verfügt.

Es ist diese *Re-Regulation* des Verhältnisses von Markt und Staat, die am Ende des 20. Jahrhunderts mehr und mehr zum Gegenstand der Politik und – im Vorfeld des Staatshandelns – zum Thema in der strategischen und programmatischen Auseinandersetzung zwischen Progressiven und Konservativen, zwischen links und rechts (die Begriffe haben gerade in diesem Bereich durchaus ihre Bedeutung behalten), zwischen arm und reich, zwischen abhängig Arbeitenden und kapitalistischem Management wird. Die entscheidende Voraussetzung für politische Gestaltungsoptionen bildet dabei das – im Ergebnis der neoliberalen Politik angehäufte – Staatsdefizit, das in der Regel als »schlagendes« Argument angeführt wird, um die objektive Unmöglichkeit staatlicher Reformpolitik nachzuweisen – mehr noch, um die unbedingte Notwendigkeit einer Fortsetzung der »Austeritätspolitik« in den Bereichen der Sozial-, Fiskal- und Infrastrukturpolitik als unumgehbaren Sachzwang zu exekutieren.

Raum für Gestaltungsoptionen könnte daher nur in dem Maße geschaffen werden, wie die Ursachen der expandierenden, öffentlichen Verschuldung (die in Deutschland durch die Kosten des »Anschlusses« der ehemaligen DDR noch erhöht werden) beseitigt werden. Dies betrifft zum einen die ständig wachsenden gesellschaftlichen Kosten der Massenarbeitslosigkeit, Armut, Marginalisierung sowie der Versäumnisse auf dem Gebiet einer vorsorgenden ökologischen Politik, und die mangelnde Bereitschaft der Regierungen der führenden Industriestaaten, auch nur einen Bruchteil jener Gewinne abzuschöpfen, die vor allem auf den globalen Finanzmärkten erzielt werden. Es geht hier nicht um eine vollständige Auflistung jener Politikbereiche, über die – national wie international – eine Verminderung der Staatsverschuldung und eine neue Schwerpunktsetzung bei den öffentlichen Ausgaben durchzusetzen wäre. Vielmehr geht es um den Hinweis, daß auch dieses Politikfeld im Schnittpunkt von Markt und Staat heftig umkämpft ist und daß es offenkundig durch antagonistische Basisinteressen – »Marktfreiheit« und Antietatismus als Synonyme für Profitinteressen; Staatsintervention als Synonym für den Anspruch auf gesellschaftliche Lösungen, die politisch in das System der Kapitalakkumulation eingreifen – strukturiert wird.

Wenn von staatlichen Lösungen die Rede ist, schließt sich schnell die Front der Antietatisten, von den Neoliberalen bis zu einst anarchistischen oder linksradikalen Grünen, die staatliche Regulation prinzipiell als negativ – als bürokratisch, zentralistisch, unbeweglich, antiinnovatorisch, patriarchalisch etc. – denunzieren.[81] Solche Urteile sind jedoch undifferenziert bzw. offen ideologisch. Sie entsprechen jener »Staatsfeindlichkeit« der besitzenden Eliten, die die Ausweitung der Staatstätigkeit im Bereich der Infrastruktur und der Sozialpolitik als Ergebnis des Kampfes der sozialistischen Arbeiterbewegung seit dem späten 19. Jahrhundert stets nur widerwillig hingenommen bzw. politische Kräfte unterstützt haben, die – wie in Deutschland nach der Novemberrevolution 1918/1919 – auch die einfachsten demokratischen Errungenschaften der Revolution (wie die parlamentarische Republik und den Acht-Stunden-Tag) revidieren wollten. Neuerdings korrespondiert der Antietatismus auch der Interessenlage jener Mittelschichten, die die Solidarität mit der »Underclass« (dieser Block trug im wesentlichen die Reformpolitik seit den späten sechziger Jahren) aufgekündigt hat, universalistische Lösungen gesellschaftlicher Probleme mehr und mehr ablehnt und stattdessen private Dienste für ihre Bildung, Gesundheits- und Altersversorgung sowie für Kultur und Sicherheit bevorzugt.[82]

---

[77] »Die bequeme Vorstellung, der Markt sorge für eine optimale Allokation ›privater‹ Güter und die Politik für diejenige ›kollektiver‹ Güter, führt dort in die Irre, wo moderne Gesellschaften ihre Potentialität und ihre Riskiertheit gleichmaßen verdichten: an den Orten jener komplexen Problemstellungen, die in vielschichtiger Verschachtelung sachlicher, sozialer, zeitlicher, operativer und kognitiver Dimensionen und Wertigkeiten keine eindeutigen, einfachen oder einseitigen Lösungen zulassen, sondern responsive und revisible Prozesse der Entscheidungsfindung erfordern: Wissenschafts- und Technologieplanung, Sicherheitspolitik, Gesundheitspolitik und Umweltpolitik bis hin zu scheinbar geringeren Problemen wie Städtebauplanung, Energiepolitik oder Entwicklungshilfe«. H. Willke, Ironie des Staates, a.a.O., S. 59.

[78] »Mitte der 70er Jahre waren die Wachstumsraten gesunken, Inflation und Abeitslosigkeit gestiegen. Es war klar, daß sich die kapitalistische Weltwirtschaft auf ein tiefes Konjunkturtal zubewegte. In dieser neuen Situation mangelte es der Sozialdemokratie nicht nur an einer effektiven Politik, um der Krise zu begegnen. Sie wurde selbst plötzlich mit der Krise in Verbindung gebracht, und die wieder zum Leben erweckten Monetaristen machten überhöhte Staatsausgaben und übermächtige Gewerkschaften für die Stagflation verantwortlich. Dies führte zu Angriffen gegen den Sozialstaatskonsens, der die Grundlage für sozialdemokratische Regierungen gebildet hatte. Diese Reaktion brachte in der gesamten Region rechte Regierungen ans Ruder«. P. Anderson, Die Krise der westeuropäischen Sozialdemokratie und die Aufgaben einer neuen Linken, Beilage zur Sozialistischen Zeitung (Köln), 10. Jg., Nr. 12/1995, S. 2; N. Poulantzas (in: Prokla, 3/1979, S. 127ff.) hatte schon 1979 die Krise der Sozialdemokratie diagnostiziert: »Der Sozialdemokratie ist es einfach nicht gelungen, die Wirtschaftskrise zu vermeiden, und, eben weil sie das nicht konnte, haben sich die materiellen Grundlagen ihrer politischen Anziehungskraft und ihrer Strategie ganz beträchtlich vermindert« (S. 134).

[79] Vgl. dazu u.a. M. Kronauer (Ed.), Unemployment in Western Europe. International Journal of Political Economy, Vol. 23, No. 3 , 1993 (N.Y.).

[80] A. Touraine, Il Ritorno de lo Politico, a.a.O.

[81] Der Oldenburger Juraprofessor Thomas Blanke faßte bei einer Tagung der Hans-Böckler-Stiftung über den »neuen Gesellschaftsvertrag« diesen neuen Basiskonsens z.B. mit Positionen des »Königsteiner Kreises« in einem Satz zusammen: »Der Sozialstaat ist ökonomisch maßlos, ökologisch ruinös, finanziell überfordert, politisch nicht länger steuerbar, übermäßig verrechtlicht, bürokratisch ›kolonialisierend‹ und untergräbt die moralischen Ressourcen, die ihn stützen«. Vgl. Die Mitbestimmung, 8/1995, S. 58.

[82] Vgl. dazu für die USA B. Ehrenreich, Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, München 1992; F. Deppe, Angst vor dem Absturz? Transformationen des »alternativen Mittelstandes«, in: F. Krause u.a. (Hrsg.), Neue Realitäten des Kapitalismus. Linke Positionsbestimmungen, Frankfurt/Main 1995, S. 112-121.

Staatliche Interventionen sind jedoch heute mehr denn je gefordert, um den allgemeinen gesellschaftlichen Reproduktionserfordernissen gerecht zu werden (und auch dort, wo lauthals »weniger Staat« gefordert wurde wie unter Reagan in den USA und Thatcher in Großbritannien, sind die Staatsausgaben sogar noch angewachsen). Sie sind gerade da von etatistisch-bürokratischer Natur, wo sie dazu dienen, die Kosten der neoliberalen Konterrevolution aufzufangen: als Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, die ständig mit restriktiveren Auflagen für die Betroffenen belegt werden, als »Law-und-Order«-Kosten für die Ausweitung der Polizei und anderer Sicherheitsdienste, oder als Kosten des Militärs, das es – nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes – schnell verstanden hat, die für seine Bestandssicherung (und die der Rüstungsindustrien) bedrohliche Debatte über die »Friedensdividende« auf neue Bedrohungsszenarien umzulenken.

Die politische und gewerkschaftliche Linke hat den Staatsinterventionismus niemals ausschließlich unter dem Gesichtspunkt seiner technokratischen Effizienz befürwortet, sondern im Gegenteil den technokratischen Staat als eine Entwicklungsform des kapitalistischen Staates kritisiert.[83] *Vergesellschaftung der Politik* bedeutet nicht allein die Option für politische Partizipation und einen demokratischen Staatsaufbau (mit föderalen und basisdemokratischen Elementen). Diese schließt zudem gesetzlich gesicherte soziale Mindeststandards ein, die als Grundbedingung einer – auf die Entwicklungschancen der Individuen bezogenen – egalitären Gesellschaft angesehen werden. Dazu kommt, daß sich die Linke, gerade aufgrund des Wissens um den zentralistisch bürokratischen Herrschaftscharakter von Staatsleistungen, stets für die Demokratisierung der Institutionen der privaten Unternehmen wie der Staatsapparate selbst eingesetzt hat. Dieser Impuls scheint heute – nach den partiellen Erfolgen politischer und sozialer Bewegungen Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre – weitgehend erlahmt und diskreditiert.[84] Dennoch wird (und muß) auch in der Zukunft die Forderung nach einer Demokratisierung der Staatstätigkeit (bezogen auf die gesellschaftlichen Zwecke der Intervention) sowie der staatlichen Institutionen (bezogen auf deren demokratische Struktur: Transparenz von Entscheidung, Partizipationsrechte von Beschäftigten und Betroffenen) zentraler Programmpunkt linker Politik sein, in dem sich konkrete Interessenvertretung der ›Subalternen‹ mit der langfristigen Perspektive einer »Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft« bzw. einer »Vergesellschaftung des Politischen« verbindet. Auf die Gegenwart bezogen bedeutet dies nicht allein, den Antietatismus, der zusammen mit dem »Sachzwang-Weltmarkt«-Argument den mächtigsten ideologischen Stützpfeiler der neoliberalen Hegemonie bildet, infragezustellen, sondern für einen Typus staatlicher Intervention im Bereich u.a. der Beschäftigungs- und Ökologiepolitik, der Wissenschafts- und Kulturpolitik einzutreten, der – über Ressourcenmobilisierung und allgemeine Verfahrensregeln – Handlungskorridore für autonome gesellschaftliche Initiativen öffnet.

Der neue Gesellschaftsvertrag, der der Zuspitzung von Marginalisierungstendenzen entgegenzuwirken hätte, wäre die Antwort der »Gesellschaft« (im Resultat von Kämpfen und als Artikulation von Kräftekonstellationen) auf die Entgrenzung der Marktprozesse, genauer: der Kapitalakkumulation.

Die Zukunft der Arbeit

Schließlich steht am Ende des 20. Jahrhunderts die Frage nach einer Neubewertung von Arbeit auf der Tagesordnung der Politik. Die gewaltigen Produktivitätszuwächse, die aufgrund der »informationellen Revolution« sowie aufgrund arbeitsorganistorischer Rationalisierung erzielt werden, führen dazu, daß ein ständig wachsender Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung aus dem System der Erwerbsarbeit ausgegrenzt wird. Die Prinzipien der Exklusion und des Dualismus, von denen Alain Touraine spricht, haben gerade hier ihren Grund. Der *neue Gesellschaftsvertrag*, der der Zuspitzung solcher Marginalisierungstendenzen entgegenzuwirken hätte, wäre so die Antwort der »Gesellschaft« (im Resultat von Kämpfen und als Artikulation von Kräftekonstellationen in der Gesellschaft) auf die Entgrenzung der Marktprozesse, genauer: der Kapitalakkumulation.[85] Diese Antwort kann – wie wir im vorangehenden Abschnitt zu zeigen versuchten – die rechtliche und institutionelle Form komplexer Regelungssysteme von der betrieblichen über die nationale bis zur transnationalen Ebene annehmen.

Diese Intervention, die darauf gerichtet ist, die produktiven Vergesellschaftungspotentiale der »neuen Betriebsweise« freizusetzen, differenziert sich wesentlich in drei Gestaltungsbereiche aus:

Erstens verlangt die »neue Betriebsweise« neue Formen der enthierarchisierten und flexiblen Arbeitsorganisation, die die Potentiale der individuellen Qualifikation und Kreativität ebenso zu nutzen vermag wie die der nichthierarchischen Kooperation. Die »neue Betriebsweise« er-

möglicht (objektiv) zum ersten Mal in der Geschichte der industriekapitalistischen Zivilisation im Kernbereich der materiellen Produktion die Befreiung der Arbeit vom »Naturzwang« der schweren und monotonen körperlichen Arbeit – »in einem Wort, die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, das als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint«.[86] Damit werden auch neue Formen der Produzentendemokratie möglich, die über die traditionellen Partizipations- und Mitbestimmungskonzepte der Gewerkschaften insofern hinausgehen, als sie die Arbeitsorganisation und letztlich auch den Zweck der Produktion und damit die Gebrauchswerteigenschaften der Produkte zum Gegenstand haben könnten (z.B im Kontext einer Ökologisierung der Produktion wie der Produkte).

Zweitens werden – auch unter Effizienzgesichtspunkten – durch die »neue Betriebsweise« neue Arbeitszeitregime möglich und notwendig. Diese werden sich nicht allein auf die Verkürzung der Wochen- bzw. der Lebensarbeitszeit beschränken müssen. Eine solche Beschränkung (im Sinne von »Not-Lösungen«) ist nur dann erforderlich, wenn in der harten Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit für den schwächeren Teil, nämlich für die Lohnabhängigen, Arbeitszeitverkürzung mit steigender Arbeitslosigkeit, geringerem Einkommen und sozialem Schutz und der Präkarisierung der Arbeit (»bad jobs«) verbunden ist. Sobald freilich solche – über den Betrieb hinausgreifenden – gesellschaftlichen Sicherungen vorhanden sind, kann auch der Rahmen für die Flexibilisierung von Arbeitszeiten – unter Berücksichtigung individueller und partikularer Arbeitszeitinteressen – sehr viel weiter gespannt werden.[87]

Daraus folgt eine *dritte* Gestaltungsaufgabe. Sie wird durch die Frage definiert, wie die aus den gewaltigen Produktivitätssteigerungen im Kernbereich der materiellen Produktion hervorgehende »Freisetzung« von Arbeitskraft (Schaffung von »disposable time«) – über die Arbeitszeitverkürzung hinaus gesellschaftlich »verarbeitet« wird. Diese Fragestellung führt natürlich auch zum Verhältnis von Markt und Staat/Politik als Steuerungsprinzipien sozialökonomischer Prozesse – allgemeiner: von Vergesellschaftung – zurück. Sofern die Regulation dieser Produktivitätsgewinne den Steuerungsprinzipien des Marktes (der Tauschwert- und der Profitproduktion) überlassen bleibt, erzeugen diese über die ständig zunehmende Außerwertsetzung von Arbeitsvermögen – über Arbeitslosigkeit sowie über die »Schattenökonomie« – einen gewaltigen Ballast für die Gesellschaft, dessen Bewältigung stets höhere, unproduktive Kosten verursacht. Die eher optimistischen Thesen im Anschluß an frühe Prognosen von Jean Fourastié über den Übergang von der industriellen zur tertiären Dienstleistungsökonomie scheinen sich auf den Arbeitsmärkten nur partiell und höchst widersprüchlich zu bestätigen.[88] Der Verlust von industriellen »Normalarbeitsplätzen« wird – auch im Hinblick auf das Nachfragepotential der Einkommen – nur unzureichend kompensiert. Stattdessen nimmt die Zahl der sog. »bad

---

[83] Ralph Miliband hat in seiner klassischen Arbeit »Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft« (1969) – Frankfurt/Main 1975 – die Auffassung begründet, daß in kapitalistischen Klassengesellschaften »der Staat in erster Linie und ganz unvermeidlich der Hüter und Beschützer der ökonomischen Interessen (ist), die in ihnen vorherrschen. Sein ›realer‹ Zweck und seine Mission ist es, ihre fortgesetzte Vorherrschaft zu sichern, nicht sie zu verhindern« (351). Danach hebt er die Bedeutung der ›bürgerlichen Freiheiten‹ für die »sozialistische Kritik« hervor: Deren »Angelpunkt ... ist nicht (oder sollte nicht sein), daß sie bedeutungslos sind, sondern daß sie zutiefst inadäquat sind und ausgeweitet werden müssen durch die radikale Transformation des ökonomischen, sozialen und politischen Kontextes, der sie zur Inadaequatheit und Aushöhlung verdammt« (S. 352). Leo Panitch, Globalisation and the State, a.a.O., erinnert an diese Position von Miliband und kritisiert die sozialdemokratische Position (und Illusion) einer »progressive competitive alternative« zum globalisierten Kapitalismus (also die Position, den »Sachzwang Weltmarkt« zu akzeptieren und innerhalb dieses Rahmens – durch Kooperation mit den fortschrittlichen Fraktionen der Wirtschaft – nach »fortschrittlichen« Lösungen zu suchen): »Those who advance the nebulous case for an ›international civil society‹ to match the ›nebuleuse‹ that is global capitalist governance usually fail to appreciate that capitalism has not escaped the state but rather that the state has, as always, been a fundamental constitutive element in the very process of extension of capitalism in our time ... It is necessary to try to reorient strategic discussion of the Left towards the transformation of the state rather than towards transcending the state or trying to fashion a progressive competitive state« (87).

[84] Über die Diskreditierung egalitärer Wertorientierungen in der politischen Kultur unserer Zeit schreibt P. Anderson (Zum Ende der Geschichte, Berlin 1993, S. 143): »Gleichheit, die nach dem Zweiten Weltkrieg immerhin eine rhetorische Rolle im öffentlichen Leben spielte, auch wenn sie in Wirklichkeit radikal abgewehrt wurde, gilt derzeit weder als möglich noch als wünschenswert. Ja, für den gesunden Menschenverstand unserer Tage sind alle Ideen, die einstmals den Glauben an den Sozialismus ausmachten, bloß noch tote Hunde. Das Zeitalter der Massenproduktion ist von einer Nach-Fordschen-Ära abgelöst worden. Die Arbeiterklasse gilt als verblassende Erinnerung an die Vergangenheit; Kollektiveigentum als Garantie für Tyrannei und Ineffizienz; substantielle Freiheit als unvereinbar mit Freiheit und Produktivität«.

[85] Vgl. dazu ausführlicher meinen Aufsatz zum »Neuen Gesellschaftsvertrag« (Anm. 7).

[86] K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 592/3.

[87] Die neuere (neoliberale) Individualisierungsideologie, die allerdings auch in den Gewerkschaften immer mehr an Einfluß gewinnt, argumentiert freilich in eine andere Richtung. Da die Individualisierung schon längst die reale Existenz- und Reproduktionsweise sei (kollektive Vergesellschaftung und kollektive Interessenwahrnehmung, die auf dem Interessengegensatz von Kapital und Arbeit beruht, längst Vergangenheit sei), werden nun Lösungen konzipiert, um – jenseits des kollektiven Arbeitsrechtes – individuelle Arbeitnehmerrechte als Freiheitsrechte zu sichern bzw. neu einzuführen. Diese emphatische Absage an gesellschaftliche Lösungen (die natürlich letztlich auf der Verabschiedung von einem kritischen Begriff des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses beruht) führt freilich dazu, daß das gesamte Feld der politischen Gestaltung der gesellschaftlichen Umfeldbedingungen der »neuen Betriebsweise« – als zentrale gesellschafts- und reformpolitische Aufgabe der Gewerkschaften – weitgehend ignoriert wird. Über die neuen Begriffe Diskurs und Beteiligung wird letztlich jener sozialpartnerschaftlichen Orientierung das Wort geredet, die – innerhalb der DGB-Gewerkschaften – seit den 70er Jahren vor allem von der IG Chemie unter Hermann Rappe (mit einer scharfen Ausgrenzungspolitik gegenüber der gewerkschaftlichen Linken) vertreten wurde. Vgl. dazu exemplarisch H. Matthies u.a., Arbeit 2000. Anforderungen an eine Neugestaltung der Arbeitswelt. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung, Reinbek bei Hamburg 1994.

[88] Vgl. dazu u.a. K. G. Zinn, Dienstleistungsgesellschaft oder Krise des tertiären Sektors? in: WSI-Mitteilungen, 46. Jg. Nr 1/1993.

jobs« mit unzureichendem sozialen Schutz und geringer Bezahlung zu.

Die Gestaltung des gesellschaftlichen Umfeldes der »neuen Betriebsweise« steht daher vor der Aufgabe, dieser Dualisierungstendenz entgegenzuwirken. Beschäftigungspolitik, die wesentlich weniger gesellschaftliche Kosten in Anspruch nähme als diejenigen der Massenarbeitslosigkeit und der Armut, hätte sich demzufolge darauf zu konzentrieren, qualifizierte Tätigkeiten im Dienstleistungssektor – vor allem zur Befriedigung jenes wachsenden Bedarfes, der in den Bereichen der Ökologie, der Gesundheit und des Alters, der Bildung, Weiterbildung und Kultur besteht – abzusichern und neue, qualifizierte Tätigkeiten zu erschließen. Auch hier gilt, daß eine solche Politik keineswegs dem starren Muster zentralstaatlich hierarchisierter Ressourcenmobilisierung und -zuteilung (schon gar nicht der exakten Vorgabe der inhaltlichen Ausgestaltung dieser Tätigkeiten) folgen muß. Allerdings werden die politischen und sozialen Auseinandersetzungen auf der zentralstaatlichen Ebene einen »Machtwechsel« zu Lasten des neoliberalen »Blocks an der Macht« herbeiführen müssen, als *eine* politische Voraussetzung für einen Prioritätenwechsel bei den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen.

Im Übergang ins neue Jahrhundert steht nicht nur die Reparatur der materiellen und moralischen Schäden an; letztlich wird sich wieder die Frage nach den gesellschaftlichen Strukturen und nach den politischen Institutionen stellen, in denen die Assoziation der freien Individuen überhaupt möglich ist.

Ein neuer Zyklus sozialer Auseinandersetzungen

Die hier angesprochenen Themen bezeichnen selbstverständlich nicht alle Handlungsfelder, die für die Politik am Ende des 20. Jahrhunderts von Bedeutung sind. Gleichwohl umschreiben sie den Rahmen der Auseinandersetzungen, die angesichts der Widersprüche der herrschenden, globalen Ordnung zu erwarten sind – ohne daß wir über deren Verlauf und Ergebnisse im 21. Jahrhundert gesicherte Aussagen machen können. Diese Offenheit der geschichtlichen Konstellation ist nicht allein darin begründet, daß die hier skizzierten Problem- und Handlungsfelder der Politik jeweils verschiedene Optionen und Lösungsvarianten zulassen. Zum anderen läßt sich nicht voraussagen, ob und wie solche Lösungen durch Kriege und andere Formen der politischen Gewalt oder auch durch den – von einigen Beobachtern befürchteten – »Zusammenprall der Kulturen« (bzw. der westlichen »Zivilgesellschaften« mit dem orientalischen »Fundamentalismus«) verhindert, beschleunigt bzw. überformt werden, so daß zivilgesellschaftliche, politische Lösungen gesellschaftlicher Probleme gewaltsam blockiert und verschoben werden, um später um so explosiver an die Oberfläche der Politik zu treten. Darin wird freilich schon deutlich, welch hohe Bedeutung auch in der Zukunft innen- und außenpolitisch einer Politik der Friedenssicherung zukommt, die sich dem neudeutschen »Elitennationalismus« und »Bellizismus« und seiner Forderung nach der Anerkennung des Primats einer machtorientierten Außenpolitik entschieden widersetzt.

Die Agenda der Politik am Ende des 20. Jahrhunderts greift freilich weit über die hier nur grob skizzierten Themenbereiche hinaus. Die Lösungen, die schließlich im Ergebnis politischer, sozialer und ideologischer Auseinandersetzungen gefunden werden, berühren zunächst einmal die gesellschaftlichen Strukturen sowie die Qualität der Vergesellschaftungsprozesse selbst. Es geht dabei nicht allein um Konflikte, die mit der Polarisierung der Einkommens- und Lebensverhältnisse – im Innern der Metropolen des Kapitals als auch in den globalen Dimensionen – verbunden sind. Vielmehr wird dabei auch entschieden, welche Rolle sozialstaatliche und andere gesellschaftliche Interventionen sowohl im Hinblick auf die Modifizierung dieser Polarisierung als auch im Hinblick auf die Ausbildung von solidarischen Werteorientierungen und deren institutionelle Sicherungen in einer Gesellschaft zukommt, in der sich kollektive Sozialisations- und Verhaltensprägungen auflösen und zugunsten individualistischer Lebensstile und -optionen zurücktreten.

In der ersten Hälfte des Jahrhunderts haben die Vertreter des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus sowohl die Erfolge des Sozialismus, aber auch den Faschismus (als die terroristisch-staatliche Reaktion auf den Sozialismus) und schließlich später den keynesianischen Wohlfahrtsstaat des Fordismus als einen Sieg des »Kollektivismus« über das Prinzip der individuellen Freiheit interpretiert.[89] Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts mußten die Niederlagen des Sozialismus und die Krise des Keynesianismus – zumindest propagandistisch – als ein Sieg des Liberalismus und des Individualismus über den »Kollektivismus« begriffen werden. Wenn die Geschichte nicht zu ihrem Ende gekommen ist und wenn der Zyklus dieser Auseinandersetzung, der seit der Verallgemeinerung der

kapitalistischen Produktionsweise – in historisch je konkreten und verschiedenen Formen – wirkt, nicht außer Kraft gesetzt sein sollte, dann steht im Übergang ins neue Jahrhundert nicht allein die Reparatur der materiellen und moralischen Schäden auf der Tagesordnung, die durch die Wachstumszwänge der industriekapitalistischen Zivilisation, durch das System des Eigennutzes, der Konkurrenz und des verantwortungslosen Individualismus angerichtet wurden. Letztlich wird sich dabei wieder die Frage nach den gesellschaftlichen Strukturen und auch nach den politischen Institutionen stellen, in denen die Assoziation der freien Individuen überhaupt möglich ist.[90] ■

[89] Vgl. dazu R. Cockett, Thinking the Unthinkable, a.a.O., S. 6. *Die* Programmschrift des Liberalismus, die den »Kollektivismus« mit der Sklaverei identifizierte, war Friedrich von Hayeks »Road to Serfdom« (1944).

[90] Perry Anderson hat in der Auseinandersetzung mit den Thesen von Fukuyama im letzten Kapitel die Frage nach der Existenzberechtigung und Zukunft des Sozialismus gestellt. Er geht davon aus, daß heute alle Bestandteile der sozialistischen Zukunftsvision, die seit dem 19. Jahrhundert die Geschichte des Kapitalismus maßgebend mitbestimmt haben, »starken Zweifeln« ausgesetzt sind (Das Ende der Geschichte, a.a.O., S. 142). Nach dem Blick auf das historische Schicksal von revolutionären Ideen in der Geschichte der bürgerlichen Revolutionen und nach der Feststellung, daß der Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus dessen Widersprüche und Probleme keineswegs aufhebt, kommt Anderson zu einer sehr vorsichtigen Schlußfolgerung: »Sollte der Sozialismus für diese Probleme sinnvolle Lösungen finden, müßte keine andere Bewegung auf ihn folgen. Vielmehr rehabilitierte er sich dann aus sich selbst heraus als Programm für eine Welt, die egalitärer und lebenswerter wäre« (ebd., S. 169/70). Diese These wäre nun in einem abschließenden Beitrag über die »Zukunft des Sozialismus« sehr nüchtern – vor allem auch im Hinblick auf die Frage nach den Trägern und Subjekten einer solchen Politik – zu überprüfen.

Als Supplement von Heft 7/8-1995 von Sozialismus erschien:

Egalitarismus oder politische Ökonomie der emanzipierten Arbeit?

Zur Sozialismuskonzeption von Karl Marx
Von den Sozialistischen Studiengruppen
24 Seiten; Schutzgebühr DM 3,-

Aus dem Inhalt:

- Die »Große Industrie« als »ganzer Gesellschaftsmechanismus«
- Kampf um die Normierung des Arbeitstages
- Regulierte Arbeitszeit als Basis zivilisatorischen Fortschritts
- Leitfaden der Gesellschaftsreform
- Weitere »organische Changes« der kapitalistischen Produktionsweise
- Verlust gesellschaftlicher Einsicht?
- Resüme und Ausblick

Als Supplement von Heft 9-1995 von Sozialismus erschien:

Friedrich Engels

24 Seiten; Schutzgebühr DM 3,-

Inhalt:

Konkurrenz und Wetteifer –
Zu einigen Aspekten von Engels' Beitrag zur Kritik der politischen Ökonomie
Von Joachim Bischoff

Engels und die politische Taktik der Sozialdemokratie
Von den Sozialistischen Studiengruppen

Hat Engels das ›Kapital‹ verhunzt?
Von den Sozialistischen Studiengruppen

zu beziehen über:
Redaktion Sozialismus,
Klaus-Groth-Str. 33e, 20535 Hamburg
Tel. und Fax 040/250 10 11